



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2017

Jahrgang 68 (2017) Heft 4

Impressum

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf

© RWI 2017

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende 2017

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
zum Jahresende 2017
Jahrgang 68 (2017)**

Heft 4





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Aufschwung bleibt kräftig – Kapazitäten zunehmend ausgelastet

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick..... 5

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2018

Roland Döhrn, György Barabas und Angela Fuest..... 23

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2022: Hohe Kapazitätsauslastung birgt Stabilitätsrisiken

György Barabas, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt und Klaus Weyerstraß 39

Kasten Vergleich mit den Potenzialschätzungen anderer Institutionen 45

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2018: Entspannung am Häusermarkt, gestiegenes Blasenrisiko am Wohnungsmarkt

Rüdiger Budde und Martin Micheli 55

Inhalt

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,
Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Aufschwung bleibt kräftig – Kapazitäten zunehmend ausgelastet¹

Zusammenfassung: Die deutsche Konjunktur ist weiterhin spürbar aufwärtsgerichtet. Die Expansion hat an Breite gewonnen und wird mittlerweile auch von den Ausrüstungsinvestitionen und dem Außenhandel getragen. Allerdings gibt es Anzeichen konjunktureller Anspannungen, insbesondere in der Bauwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die Indikatoren deuten gleichwohl auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Dabei dürfte die private Konsumnachfrage von einem anhaltenden Beschäftigungsaufbau profitieren. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) dürfte sich nur leicht von 2,3% im Jahr 2017 auf 2,2% im Jahr 2018 und 1,9% im Jahr 2019 abschwächen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt damit weiter zu. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich etwas verstärken auf jeweils 1,9% in den Jahren 2018 und 2019. Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sinken; die Arbeitslosenquote wird nach 5,7% im Jahr 2017 Werte von 5,4% bzw. 5,1% erreichen. Die gute Konjunktur lässt die Einnahmen des Staates weiter sprudeln. Und dies lässt den Budgetüberschuss des Staates von wohl 40 Mrd. € im Jahr 2017 auf 52 Mrd. € im Jahr 2019 zunehmen. Diese Rechnung berücksichtigt aber keine möglichen Änderungen in der finanzpolitischen Ausrichtung nach der Regierungsbildung.

Abstract: The German economy kept growing strongly. The expansion is gaining breadth, being also supported by investment in machinery and equipment and foreign trade. However, there are signs of tension, in particular in the construction sector and the labor market. Indicators suggest that the upswing will continue. It continues to be borne by private consumption, which benefits from increasing employment. Real GDP growth will moderate only marginally from 2.3 percent in 2017 to 2.2 percent in 2018 and 1.9 percent in 2019. Thus capacity utilization can be expected to increase. Inflation will accelerate slightly to 1.9 percent in 2018 and 2019. The situation in the labor market is expected to improve further with the unemployment rate coming down from 5.7 percent in 2017 to 5.4 percent and 5.1 percent in 2018 and 2019, respectively. Given the good economic situation, government receipts will grow strongly. Thus, fiscal surplus thus will grow from € 40 bn in 2017 to € 52 bn in 2019. However, this forecast does not take into account potential changes in the fiscal stance after a new government has been formed.

¹ Abgeschlossen am 11.12.2017.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Die Konjunktur in Deutschland war auch im Herbst des Jahres 2017 spürbar aufwärts gerichtet. Der Aufschwung gewann dabei an Breite: War die Expansion bisher vor allen von der privaten und der staatlichen Konsumnachfrage und von den Bauinvestitionen getragen, wird er inzwischen auch von den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen gestützt. Dazu haben das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld, insbesondere die inzwischen recht kräftige Expansion im Euro-Raum, und die daraus resultierende steigende Kapazitätsauslastung in der Industrie beigetragen. Aufgrund der kräftigen gesamtwirtschaftlichen Expansion wurde auch die Beschäftigung weiterhin deutlich ausgeweitet: Die Zahl der Erwerbstätigen war zuletzt um 1,5% höher als vor Jahresfrist und die Zahl der Arbeitslosen sank auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Ungeachtet dessen blieben Lohnsteigerungen und die Inflation bislang moderat. Zwar sind die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2017 um voraussichtlich 1,8% gestiegen, und damit deutlich stärker als im Vorjahr (0,5%). Hinter dieser Beschleunigung steht aber vor allem ein Anstieg des Rohölpreises. Die Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energie) legte nur moderat auf 1,6% zu.

Gleichwohl gibt es inzwischen deutliche Anzeichen konjunktureller Anspannungen. Dies gilt insbesondere für die Bauwirtschaft, die schon seit geraumer Zeit von der guten Einkommensentwicklung, den niedrigen Zinsen in Verbindung mit geringen Renditen alternativer Kapitalanlagen und auch von staatlichen Infrastrukturinvestitionen profitiert. Die Preise für Bauleistungen steigen mittlerweile merklich, und zugleich klagen Unternehmen zunehmend über einen Mangel an qualifiziertem Personal. Preisdruck baut sich allem Anschein nach inzwischen auch in der Industrie auf, denn die Erzeugerpreise außerhalb des Energiesektors sind zuletzt deutlich gestiegen. Für eine Anspannung spricht ferner, dass die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen mittlerweile den höchsten Stand seit dem Ende der sechziger Jahre erreicht hat. Dabei dauerte es zuletzt mehr als 100 Tage, was der höchste bisher beobachtete Wert ist. Auch zeigen Umfragen unter Unternehmen, dass dieser Arbeitskräftemangel für das derzeit bedeutsamste Risiko für die Konjunktur in Deutschland halten (DIHK 2017). Wenngleich nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA 2017) noch kein genereller Arbeitskräftemangel vorliegt, kommt es in einzelnen Bereichen zu Engpässen, wobei neben dem Baugewerbe der Bereich Gesundheit und Pflege sowie einige technische Berufsfelder genannt werden.

In den kommenden Monaten dürften die konjunkturellen Anspannungen zunehmen. Die Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs hin. Der ifo Geschäftsklimaindex erreichte in der Gewerblichen Wirtschaft im November einen neuen historischen Höchststand, und im Dienstleistungssektor bewegt er sich auf einem hohen Niveau. Der Auftragseingang aus dem Ausland war im dritten Quartal ebenfalls auf einem neuen Höchststand, und auch aus dem Inland gingen

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

deutlich mehr Bestellungen ein, insbesondere von Investitionsgütern. In der Bauwirtschaft wurden in den vergangenen Monaten zwar weniger Aufträge erteilt, dies jedoch nach einem außergewöhnlich kräftigen Anstieg im Verlauf von 2016. Da dieser angesichts von Kapazitätsengpässen noch nicht abgearbeitet wurde, ist der Auftragsbestand weiterhin hoch.²

Eine wichtige Triebkraft der Konjunktur dürfte im Prognosezeitraum die private Konsumnachfrage bleiben. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden bei anhaltendem, wenn auch sich abschwächendem Beschäftigungsaufbau wohl weiterhin spürbar zunehmen, und bei steigenden Pro-Kopf-Löhnen werden auch die Renten voraussichtlich merklich angehoben. Zudem dürfte die Expansion zunehmend von den Ausrüstungsinvestitionen gestützt werden, da die Finanzierungsbedingungen immer noch günstig sind, die Kapazitätsauslastung der Unternehmen inzwischen hoch ist und sich die Absatzchancen für exportorientierte Branchen verbessert haben. Kräftig dürften auch weiterhin die Bauinvestitionen ausgeweitet werden, allerdings machen sich hier mittlerweile Kapazitätsengpässe bemerkbar. Diese schlagen sich bereits in deutlich gestiegenen Baukosten nieder, welche für sich genommen dämpfend wirken.

Tabelle 1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2016 bis 2019; in %

	2016	2017 ^p	2018 ^p	2019 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,6	0,6	1,0	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,9	2,9	2,0	1,9
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,9	2,5	2,2	2,0
Kalendereffekt ³	0,1	-0,3	0,0	0,0
Durchschnittliche Veränderung	1,9	2,3	2,2	1,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

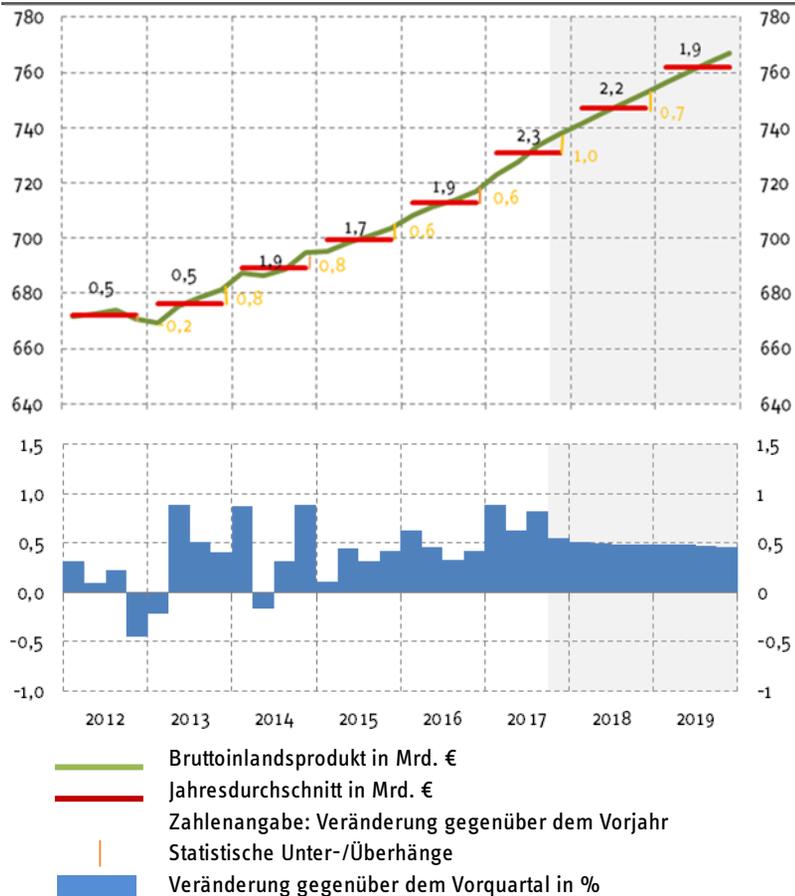
² Die rückläufige Industrieproduktion im Oktober weist nach unserer Einschätzung nicht auf eine Abschwächung der Konjunktur hin. In ihr schlagen sich möglicherweise Sondereffekte in der Automobilindustrie nieder (VDA 2017)

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2012 bis 2019; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab viertes Quartal 2017 eigene Prognose.

Die Außenwirtschaft wird per saldo voraussichtlich nur einen geringen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion liefern. Zwar ist bei weiterhin wohl günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere einem sich fortsetzenden Aufschwung im Euro-Raum, mit einer weiterhin spürbaren Ausweitung der Exporte zu rechnen. Da jedoch die Preise hierzulande voraussichtlich stärker steigen als im

übrigen Euro-Raum, dürften die deutschen Unternehmen leicht an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Zugleich sprechen die erwartet kräftig steigenden Ausüstungsinvestitionen für eine weiterhin spürbare Ausweitung der Einfuhren.

Vor diesem Hintergrund ist eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs zu erwarten. Nach einem Zuwachs um 2,3% im Jahr 2017 wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2018 voraussichtlich um 2,2% ausgeweitet werden, womit der Zuwachs erneut über dem des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials liegen dürfte. Für das Jahr 2019 gehen wir davon aus, dass sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im Jahresverlauf abschwächt; für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Zunahme um 1,9%. Dazu trägt bei, dass steigende Baukosten die Bauinvestitionen dämpfen und sich die weltwirtschaftliche Expansion wohl etwas abschwächt.

Im Einklang mit dem erwarteten Produktionsanstieg dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas verlangsamt zunehmen. Wir erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen nach einem Anstieg um 1,5% in diesem Jahr um durchschnittlich 1,1% im Jahr 2018 und 0,9% im Jahr 2019 zunimmt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte sich unter diesen Rahmenbedingungen fortsetzen. Allerdings wird wohl auch weiterhin nur ein Teil der zusätzlichen Erwerbstätigen aus dem Kreis der Arbeitslosen rekrutiert werden. Vielmehr ist mit einem weiteren Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen zu rechnen. Nach einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 160 000 im Jahresdurchschnitt 2017, erwarten wir für die beiden kommenden Jahre Abnahmen um 125 000 bzw. 75 000 Personen. Damit würde die Arbeitslosenquote von 5,7% auf 5,4% bzw. 5,1% sinken.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird einerseits zunächst durch die gestiegenen Rohölpreise getrieben, die höhere Energiepreisen nach sich ziehen. Andererseits hat sich durch die Aufwertung des Euro der Import verarbeiteter Waren tendenziell verbilligt, was für sich genommen die Inflation dämpft. Die Kerninflation (ohne Energie) erhöhte sich im Verlauf dieses Jahres leicht auf voraussichtlich 1,6%, ein für Deutschland recht hoher Wert; im Durchschnitt der vergangenen zwanzig Jahre lag sie bei 1,2%. Im Zuge der steigenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wird die Kerninflation im Prognosezeitraums noch etwas zunehmen. Da jedoch in der Prognose keine weiteren Impulse seitens des Ölpreises unterstellt sind, werden die von dieser Seite ausgehenden Effekte auf die Verbraucherpreise auslaufen. Per saldo erwarten wir eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 1,8% in diesem und von jeweils 1,9% in den beiden kommenden Jahren.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Tabelle 2

RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2017

2016 bis 2019, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2016	2017 ^P	2018 ^P	2019 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,9	2,3	2,2	1,9
Verwendung ¹				
Konsumausgaben	2,5	1,8	1,6	1,6
Private Haushalte ²	2,1	2,0	1,7	1,6
Staat	3,7	1,2	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	3,1	3,8	3,9	3,6
Ausrüstungen	2,2	4,2	5,8	4,8
Bauten	2,7	3,5	2,8	2,9
Sonstige Anlagen	5,5	3,7	3,7	3,4
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,2	0,1	0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	2,4	2,3	2,3	1,9
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,3	0,1	0,1	0,2
Ausfuhr	2,6	4,2	4,6	4,8
Einfuhr	3,9	4,8	5,2	5,3
Erwerbstätige ³ , in 1000	43 638	44 290	44 790	45 210
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 691	2 530	2 410	2 330
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,1	5,7	5,4	5,1
Verbraucherpreise ⁶	0,5	1,8	1,9	1,9
Lohnstückkosten ⁷	1,6	1,8	1,6	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁸				
in Mrd.€	25,7	40	50	52
in % des nominalen BIP	0,8	1,2	1,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo ⁹				
in Mrd.€	259,3	255	253	263
in % des nominalen BIP	8,2	7,8	7,4	7,4
		Nachrichtlich		
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	1,8	2,4	2,1	1,9
Verbraucherpreise Euro-Raum	0,2	1,5	1,5	1,6
Bruttoinlandsprodukt USA	1,5	2,2	2,1	2,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Die Finanzlage des Staates verbesserte sich im Jahr 2017 weiter. Zwar war die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. Insbesondere gab es Entlastungen bei der Einkommensteuer und die investiven Ausgaben wurden aufgestockt.³ Zugleich profitierte der Staat aber von sehr günstigen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Infolge der guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage sprudelten die Steuer- und Beitragseinnahmen kräftig, und das historisch niedrige Zinsniveau brachte weitere Einsparungen beim staatlichen Schuldendienst. Alles in allem dürfte der Budgetüberschuss des Staates in diesem Jahr von 25,6 Mrd. € auf 40 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,8% auf 1,2% steigen, den höchsten Überschuss seit der deutschen Wiedervereinigung (Tabelle 3).

Derzeit ist unklar, welche Parteien die neue Bundesregierung stellen und welche Maßnahmen von dieser dann ergriffen werden. Wir gehen daher vom finanzpolitischen Status quo aus und berücksichtigen neben den bereits beschlossenen Maßnahmen lediglich die verfassungsrechtlich gebotene steuerliche Freistellung des Existenzminimums. Unter dieser Annahme wäre die Finanzpolitik in den beiden kommenden Jahren annähernd konjunkturneutral ausgerichtet.

Unter dieser Voraussetzung wird der Staat steigende Budgetüberschüsse erzielen. Zwar dürften die Steuereinnahmen in den kommenden beiden Jahren mit 3,9% und 3,7% verhaltener zunehmen als im Jahr 2017 (5,3%), das durch hohe Nachzahlungen bei den gewinnabhängigen Steuern gekennzeichnet war. Die Lohnsteuer dürfte aber im Zuge der anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungszuwächse weiterhin spürbar zulegen. Bei den Sozialversicherungen dämpfen sinkende Beitragssätze den Anstieg der Einnahmen: In der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Beitrag aufgrund der hohen Rücklagen zum Jahresbeginn 2018 wohl um 0,1%-Punkte auf 18,6% verringert, und viele Krankenkassen dürften aufgrund der guten Kassenlage den Zusatzbeitrag senken. Mehreinnahmen für den Staat bringt die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen zur Jahresmitte 2018. Insgesamt nehmen die Staatseinnahmen in den beiden kommenden Jahren um 3,6% bzw. 3,7% zu.

Die Staatsausgaben dürften nach den vorliegenden Haushaltsplanung im Jahr 2018 um 3,1 % und im Jahr 2019 um 3,6% steigen; bereinigt Sonderfaktoren, insbesondere die Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, beträgt der Zuwachs in beiden Jahren

³ Zudem ist aufgrund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 2017 der Erlass des Kernbrennstoffsteuergesetzes unvereinbar mit dem Grundgesetz. Daher musste den Betreibern von Kernkraftwerken die von ihnen von 2011 bis 2016 entrichtete Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 6,3 Mrd. € zuzüglich eines Zinsausgleichs von 1 Mrd. € zurückerstattet werden. Die Steuerrückzahlungen und damit verbundene Zinsen werden in den VGR als staatliche Vermögensübertragungen an Unternehmen gebucht.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Tabelle 3

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

2015 bis 2019

	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P	2019 ^P
	In Mrd. €				
Finanzierungssaldo des Staates	19,4	25,7	40,5	49,6	52,5
- Konjunkturkomponente	3,6	6,5	11,7	18,9	24,5
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	15,8	19,1	28,8	30,7	27,9
- Einmaleffekte		-7,3 ^a			
= struktureller Finanzierungssaldo	15,8	26,4	28,8	30,7	27,9
+ Zinsausgaben des Staates	46,4	41,6	39,5	38,5	38,1
= struktureller Primärsaldo	62,2	68,0	68,3	69,2	66,0
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gg. Vorjahr	-0,2	5,7	0,3	0,9	-3,1
	In % des nominalen BIP				
Finanzierungssaldo	0,6	0,8	1,2	1,5	1,5
struktureller Finanzierungssaldo	0,5	0,8	0,9	0,9	0,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ^aRückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zuzüglich eines Zinsausgleichs. - ^PEigene Prognose.

3,6%. Eine überdurchschnittliche Zunahme ist bei den Bruttoinvestitionen zu erwarten (5,5 bzw. 4,8%), weil der Bund seine Investitionsbudgets aufgestockt und Mittel zur Förderung der kommunalen Investitionstätigkeit bereitgestellt hat, die verstärkt abgerufen werden. Zudem eröffnen die steigenden Budgetüberschüsse vieler Länder und Kommunen Spielräume für mehr Investitionen. Merkbliche Haushaltsentlastungen fallen bei den Zinsausgaben an, da die Staatsverschuldung wegen der Budgetüberschüsse der Gebietskörperschaften und der weiteren Abwicklung der Bad-Bank-Portfolios sinkt und der Staat weiterhin vom außerordentlich niedrigen Zinsniveau profitiert; der Rückgang der Zinsausgaben wird sich indes verlangsamen, da kaum noch hochverzinsliche Papiere zur Refinanzierung anstehen.

Der Budgetüberschuss des Staates dürfte bei den hier getroffenen finanzpolitischen Annahmen im Jahr 2018 auf knapp 50 Mrd. € und im Jahr 2019 auf reichlich 52 Mrd. € steigen (Tabelle 3). Strukturell, also bereinigt um konjunkturelle Einflüsse, dürfte sich er sich auf knapp 31 Mrd. € im Jahr 2018 und auf 28 Mrd. € im Jahr 2019 belaufen bzw. in Relation zum BIP auf 0,9% und 0,8%.⁴ Die Schuldenquote des Staates dürfte

⁴ Die strukturellen Überschüsse eröffnen indes nicht in vollem Umfang budgetäre Spielräume, da sie zu einem beachtlichen Teil auf Einsparungen bei den Zinsausgaben resultieren, mit denen

unter diesen Bedingungen bis 2019 kontinuierlich auf 58% sinken und damit erstmals seit dem Jahr 2002 unter dem Grenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

Diese Prognose gilt nur unter dem finanzpolitischen Status quo. Es ist jedoch plausibel anzunehmen, dass die künftige Bundesregierung die budgetären Spielräume für zusätzliche Ausgaben oder für Steuer- und Abgabensenkungen nutzen wird. Dies könnte der gesamtwirtschaftlichen Expansion zwar zusätzliche Impulse geben, würde aber angesichts der ohnehin bereits hohen Kapazitätsauslastung den Preisauftrieb verstärken. Eine kurzfristig stimulierend wirkende Finanzpolitik würde mithin prozyklisch wirken und wäre damit verfehlt. Die neue Bundesregierung sollte daher einer am langfristigen Wachstum ausgerichteten Finanzpolitik den Vorzug geben.

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit (2017), Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, November 2017, Nürnberg.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2017), Schwung nutzen – Investitionsbremsen lösen. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2017. Berlin.

Gebhardt, H. (2017), Die finanzwirtschaftliche Ausgangslage für die neue Legislaturperiode. RWI Konjunkturberichte 68 (3): 67-82.

VDA – Verband der Automobilindustrie (2017), Deutscher Pkw-Markt legt im Oktober zu. <https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen.html>. Download am 7.12.2017.

dauerhaft nicht gerechnet werden kann. Zu den sich aus der Besserung der Finanzlage des Staates dauerhaft ergebenden budgetären Handlungsspielräumen vgl. Gebhardt 2017.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2016; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 831,9	1 918,0	301,8	612,1	-
2 - Abschreibungen	552,3	318,1	68,4	165,8	-
3 = Nettowertschöpfung	2 279,7	1 599,9	233,4	446,3	- 250,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 598,2	1 143,2	236,5	218,5	14,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,3	13,0	0,2	9,2	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,1	24,6	0,2	1,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	685,3	468,4	- 3,1	220,0	- 264,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 600,3	-	-	1 600,3	11,9
9 - Gel. Subventionen	27,8	-	27,8	-	5,6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	334,7	-	334,7	-	6,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	702,3	633,5	41,6	27,3	168,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	754,7	352,5	18,1	384,1	116,1
13 = Primäreinkommen	2 644,9	187,4	280,3	2 177,2	- 303,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	387,5	83,7	-	303,8	10,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	397,2	-	397,2	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	644,4	-	-	644,4	4,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	645,6	121,0	523,8	0,8	2,8
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	551,8	64,7	486,3	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	544,9	-	-	544,9	7,3
20 - Gel. s. lauf. Transfers	321,8	169,0	75,7	77,0	57,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	281,9	153,9	19,9	108,2	97,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 609,0	144,9	659,2	1 805,0	- 267,9
23 - Konsumausgaben	2 289,8	-	615,4	1 674,4	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 49,1	-	49,1	-
25 = Sparen	319,2	95,8	43,7	179,7	- 267,9
26 - Gel. Vermögenstransfers	59,9	13,4	36,4	10,1	5,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	55,4	24,6	15,5	15,4	9,6
28 - Bruttoinvestitionen	603,6	347,5	66,8	189,3	-
29 + Abschreibungen	552,3	318,1	68,4	165,8	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 3,3	- 2,9	- 1,3	0,8	3,3
31 = Finanzierungssaldo	266,8	80,4	25,7	160,7	- 266,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 609,0	144,9	659,2	1 805,0	- 267,9
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-401,7	401,7	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 609,0	144,9	257,5	2 206,6	- 267,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

Hauptaggregate der Sektoren

2017; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 938,3	1 985,7	314,0	638,6	-
2 - Abschreibungen	571,0	328,1	70,8	172,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 367,3	1 657,6	243,3	466,5	-245,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 667,7	1 190,4	246,5	230,8	14,6
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,8	13,2	0,2	9,5	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,8	24,2	0,2	1,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	702,5	478,2	-3,2	227,6	-260,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 669,7	-	-	1 669,7	12,6
9 - Gel. Subventionen	27,8	-	27,8	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	348,3	-	348,3	-	6,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	709,2	644,8	39,5	25,0	171,9
12 + Empf. Vermögenseinkommen	768,2	348,4	17,0	402,8	113,0
13 = Primäreinkommen	2 751,7	181,9	294,8	2 275,0	-305,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	412,7	87,2	-	325,5	10,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	422,5	-	422,5	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	671,8	-	-	671,8	4,2
17 + Empf. Sozialbeiträge	673,1	123,8	548,5	0,8	2,9
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	572,7	65,8	506,1	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	565,6	-	-	565,6	7,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	339,1	183,3	76,2	79,6	58,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	292,7	157,8	21,2	113,7	105,1
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 709,3	127,2	704,6	1 877,4	-262,6
23 - Konsumausgaben	2 375,0	-	637,4	1 737,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-49,4	-	49,4	-
25 = Sparen	334,3	77,8	67,3	189,2	-262,6
26 - Gel. Vermögenstransfers	61,2	12,0	39,6	9,6	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	57,5	31,4	10,9	15,2	7,6
28 - Bruttoinvestitionen	642,6	369,7	70,3	202,6	-
29 + Abschreibungen	571,0	328,1	70,8	172,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,0	-2,4	-1,5	0,9	3,0
31 = Finanzierungssaldo	262,0	58,1	40,5	163,4	-262,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 709,3	127,2	704,6	1 877,4	-262,6
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-415,1	411,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 709,3	127,2	289,5	2 292,6	-262,6

Eigene Prognose

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Hauptaggregate der Sektoren

2018; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 066,6	2 071,2	326,0	669,4	-
2 - Abschreibungen	591,4	338,7	73,1	179,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 475,2	1 732,6	253,0	489,7	-253,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 735,7	1 236,3	255,9	243,5	15,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,9	13,0	0,2	9,8	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,3	24,7	0,2	1,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	742,8	508,0	-2,9	237,8	-268,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 737,9	-	-	1 737,9	13,3
9 - Gel. Subventionen	28,3	-	28,3	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	359,7	-	359,7	-	7,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	710,3	648,1	38,5	23,7	174,7
12 + Empf. Vermögenseinkommen	772,0	338,9	17,6	415,5	113,0
13 = Primäreinkommen	2 873,9	198,9	307,5	2 367,5	-315,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	431,2	93,0	-	338,2	10,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	441,2	-	441,2	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	693,4	-	-	693,4	4,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	694,8	125,6	568,3	0,8	3,0
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	590,8	68,1	521,9	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	583,4	-	-	583,4	7,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	349,0	185,7	82,1	81,2	59,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	290,1	160,7	21,4	108,0	118,6
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 819,0	138,5	734,4	1 946,1	-260,7
23 - Konsumausgaben	2 461,9	-	662,3	1 799,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-49,6	-	49,6	-
25 = Sparen	357,1	88,9	72,1	196,1	-260,7
26 - Gel. Vermögenstransfers	55,2	12,0	33,5	9,7	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	51,4	25,6	10,6	15,2	7,8
28 - Bruttoinvestitionen	687,8	401,5	74,2	212,1	-
29 + Abschreibungen	591,4	338,7	73,1	179,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,0	-2,0	-1,5	0,5	3,0
31 = Finanzierungssaldo	259,9	41,6	49,6	168,7	-259,9
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 819,0	138,5	734,4	1 946,1	-260,7
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-428,7	428,7	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 819,0	138,5	305,7	2 374,8	-260,7

Eigene Prognose

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

Hauptaggregate der Sektoren

2019; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 190,4	2 150,8	338,8	700,7	-
2 - Abschreibungen	613,2	350,5	75,6	187,2	-
3 = Nettowertschöpfung	2 577,2	1 800,4	263,3	513,5	-262,3
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 810,0	1 289,7	265,9	254,4	16,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,7	13,4	0,2	10,0	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,8	25,3	0,2	1,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	770,3	522,5	-2,6	250,3	-278,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 812,4	-	-	1 812,4	14,2
9 - Gel. Subventionen	28,8	-	28,8	-	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	370,6	-	370,6	-	7,2
11 - Gel. Vermögenseinkommen	710,0	648,6	38,1	23,3	180,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	775,9	329,9	18,1	427,9	114,1
13 = Primäreinkommen	2 990,3	203,9	319,1	2 467,3	-328,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	450,1	95,7	-	354,4	10,7
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	460,3	-	460,3	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	720,1	-	-	720,1	4,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	721,6	130,0	590,8	0,9	3,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	610,4	70,1	539,4	0,9	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	602,6	-	-	602,6	8,3
20 - Gel. s. lauf. Transfers	358,0	188,1	87,1	82,8	60,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	296,6	170,0	21,7	104,9	122,2
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 932,8	150,0	765,3	2 017,5	-271,0
23 - Konsumausgaben	2 552,3	-	688,3	1 864,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-49,7	-	49,7	-
25 = Sparen	380,5	100,3	77,1	203,1	-271,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	56,5	12,0	34,6	9,9	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	52,5	26,6	10,7	15,2	8,0
28 - Bruttoinvestitionen	722,6	422,6	77,7	222,3	-
29 + Abschreibungen	613,2	350,5	75,6	187,2	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,0	-2,0	-1,5	0,5	3,0
31 = Finanzierungssaldo	270,0	44,7	52,5	172,8	-270,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 932,8	150,0	765,3	2 017,5	-271,0
33 + Soziale Sachleistungen	-	-	-444,0	444,0	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 932,8	150,0	321,3	2 461,5	-271,0

Eigene Prognose

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019	2017		2018	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,3	1,5	1,1	0,9	1,5	1,5	1,2	1,1
Arbeitsvolumen	0,6	1,3	1,0	0,8	1,5	1,0	1,0	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,7	- 0,2	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,4	- 0,2	- 0,1
Produktivität ¹	1,3	1,0	1,3	1,1	0,6	1,3	1,3	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	2,3	2,2	1,9	2,2	2,3	2,3	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 289,8	2 375,0	2 461,9	2 552,3	1 160,5	1 214,5	1 199,8	1 262,1
Private Haushalte ²	1 674,4	1 737,6	1 799,6	1 864,0	850,5	887,1	877,9	921,7
Staat	615,4	637,4	662,3	688,3	310,0	327,4	321,9	340,4
Anlageinvestitionen	630,0	666,0	706,6	747,0	320,8	345,2	339,4	367,3
Ausrüstungen	205,8	214,9	228,4	240,5	101,7	113,2	108,4	120,0
Bauten	304,5	325,4	345,9	367,7	157,8	167,7	166,5	179,4
Sonstige Anlageinvestitionen	119,7	125,7	132,4	138,9	61,3	64,4	64,5	67,9
Vorratsveränderung ³	- 26,4	- 23,4	- 18,9	- 24,4	- 6,4	- 17,0	0,2	- 19,1
Inländische Verwendung	2 893,4	3 017,7	3 149,7	3 274,9	1 475,0	1 542,7	1 539,4	1 610,3
Außenbeitrag	250,6	245,7	253,4	262,3	127,5	118,2	134,8	118,6
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	8,0	7,5	7,4	7,4	8,0	7,1	8,1	6,9
Exporte	1 450,0	1 535,4	1 614,9	1 705,0	761,2	774,2	799,6	815,3
Importe	1 199,4	1 289,6	1 361,5	1 442,8	633,7	655,9	664,8	696,7
Bruttoinlandsprodukt	3 144,1	3 263,4	3 403,1	3 537,2	1 602,5	1 660,9	1 674,2	1 728,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,3	3,7	3,7	3,7	3,9	3,6	3,4	3,9
Private Haushalte ²	2,7	3,8	3,6	3,6	4,0	3,6	3,2	3,9
Staat	4,8	3,6	3,9	3,9	3,5	3,6	3,8	4,0
Anlageinvestitionen	4,3	5,7	6,1	5,7	5,2	6,2	5,8	6,4
Ausrüstungen	2,5	4,4	6,3	5,3	2,7	6,0	6,5	6,0
Bauten	4,6	6,9	6,3	6,3	7,0	6,8	5,5	7,0
Sonstige Anlageinvestitionen	6,4	5,0	5,3	4,9	4,9	5,1	5,1	5,5
Inländische Verwendung	3,3	4,3	4,4	4,0	4,3	4,3	4,4	4,4
Exporte	1,6	5,9	5,2	5,6	6,0	5,8	5,0	5,3
Importe	1,4	7,5	5,6	6,0	8,8	6,3	4,9	6,2
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,8	4,3	3,9	3,4	4,1	4,5	4,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 119,2	2 157,8	2 192,7	2 227,1	1 061,7	1 096,0	1 076,0	1 116,7
Private Haushalte ²	1 566,5	1 598,6	1 625,8	1 652,5	784,8	813,8	795,4	830,4
Staat	552,2	558,9	566,7	574,4	276,7	282,2	280,3	286,3
Anlageinvestitionen	572,3	594,0	617,3	639,5	286,9	307,1	297,5	319,8
Ausrüstungen	199,6	208,0	220,0	230,6	97,9	110,0	103,9	116,1
Bauten	263,9	273,2	280,8	288,9	133,5	139,7	136,4	144,4
Sonstige Anlageinvestitionen	109,4	113,5	117,7	121,7	55,6	57,9	57,5	60,2
Inländische Verwendung	2 657,5	2 719,4	2 781,8	2 834,3	1 340,6	1 378,8	1 371,5	1 410,4
Exporte	1 395,1	1 453,8	1 520,3	1 593,9	720,5	733,3	754,0	766,3
Importe	1 196,7	1 254,3	1 318,9	1 388,7	613,2	641,0	644,6	674,3
Bruttoinlandsprodukt	2 855,4	2 919,6	2 984,9	3 042,5	1 447,5	1 472,1	1 481,0	1 504,0

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019	2017		2018	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,5	1,8	1,6	1,6	2,0	1,6	1,3	1,9
Private Haushalte ²	2,1	2,0	1,7	1,6	2,2	1,9	1,4	2,0
Staat	3,7	1,2	1,4	1,4	1,4	1,0	1,3	1,5
Anlageinvestitionen	3,1	3,8	3,9	3,6	3,4	4,1	3,7	4,1
Ausrüstungen	2,2	4,2	5,8	4,8	2,5	5,8	6,1	5,5
Bauten	2,7	3,5	2,8	2,9	4,0	3,2	2,2	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	5,5	3,7	3,7	3,4	3,7	3,7	3,5	3,9
Inländische Verwendung	2,4	2,3	2,3	1,9	2,4	2,3	2,3	2,3
Exporte	2,6	4,2	4,6	4,8	4,1	4,3	4,7	4,5
Importe	3,9	4,8	5,2	5,3	5,0	4,7	5,1	5,2
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,3	2,2	1,9	2,2	2,3	2,3	2,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	1,7	1,8	1,9	1,7	1,7	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,1	2,3	2,5	2,5	2,1	2,6	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,2	1,9	2,1	2,0	1,7	2,0	2,0	2,2
Ausrüstungen	0,4	0,2	0,5	0,5	0,3	0,1	0,4	0,5
Bauten	1,9	3,2	3,4	3,3	2,9	3,5	3,3	3,5
Exporte	- 1,0	1,6	0,6	0,7	1,9	1,4	0,4	0,8
Importe	- 2,5	2,6	0,4	0,6	3,7	1,6	- 0,2	1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,5	2,0	2,0	1,2	1,8	2,1	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 177,2	2 275,0	2 367,5	2 467,3	1 120,0	1 155,0	1 164,4	1 203,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	288,9	300,4	310,2	321,1	145,1	155,3	150,5	159,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 311,5	1 369,3	1 427,7	1 491,3	653,2	716,0	684,0	743,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	576,9	605,3	629,6	654,9	321,6	283,7	330,0	299,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	467,7	476,7	506,4	523,0	219,0	257,7	236,5	269,9
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 644,9	2 751,7	2 873,9	2 990,3	1 338,9	1 412,8	1 400,9	1 472,9
Abschreibungen	552,3	571,0	591,4	613,2	283,3	287,7	293,3	298,1
Bruttonationaleinkommen	3 197,2	3 322,7	3 465,3	3 603,5	1 622,2	1 700,4	1 694,3	1 771,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 338,0	2 431,1	2 542,5	2 648,5	1 180,6	1 250,5	1 237,0	1 305,5
Unternehmens- und Vermögenseink.	737,7	761,4	804,6	836,1	382,3	379,2	402,5	402,1
Arbeitnehmerentgelt	1 600,3	1 669,7	1 737,9	1 812,4	798,3	871,3	834,5	903,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,2	4,5	4,1	4,2	4,6	4,4	4,0	4,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,6	4,0	3,3	3,5	3,8	4,2	3,7	2,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,4	4,3	4,5	4,5	4,3	4,7	3,9
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,4	2,7	2,9	3,4	2,7	2,6	3,3	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,7	4,9	4,0	4,0	5,0	4,8	2,6	5,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	3,0	1,9	6,2	3,3	- 1,4	4,9	8,0	4,7
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,2	4,0	4,4	4,1	3,6	4,5	4,6	4,3
Abschreibungen	3,0	3,4	3,6	3,7	3,3	3,5	3,5	3,6
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,9	4,3	4,0	3,5	4,3	4,4	4,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,2	4,0	4,6	4,2	3,5	4,5	4,8	4,4
Unternehmens- und Vermögenseink.	2,1	3,2	5,7	3,9	1,6	4,9	5,3	6,0
Arbeitnehmerentgelt	3,8	4,3	4,1	4,3	4,4	4,3	4,5	3,7

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019	2017		2018	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 299,2	1 351,0	1 403,5	1 458,5	650,5	700,6	675,5	727,9
Nettolöhne und -gehälter	869,1	905,4	945,6	987,9	427,7	477,7	448,3	497,4
Monetäre Sozialleistungen	544,9	565,6	583,4	602,6	282,5	283,1	290,7	292,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,8	120,0	125,5	132,0	59,7	60,3	63,4	62,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	576,9	605,3	629,6	654,9	321,6	283,7	330,0	299,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 71,1	- 78,9	- 86,9	- 95,9	- 38,7	- 40,2	- 41,5	- 45,4
Verfügbares Einkommen	1 805,0	1 877,4	1 946,1	2 017,5	933,4	944,0	964,0	982,1
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	49,1	49,4	49,6	49,7	24,5	25,0	24,6	25,0
Konsumausgaben	1 674,4	1 737,6	1 799,6	1 864,0	850,5	887,1	877,9	921,7
Sparen	179,7	189,2	196,1	203,1	107,3	81,9	110,7	85,4
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,8	9,8	9,8	11,2	8,4	11,2	8,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	4,0	3,9	3,9	4,2	3,8	3,9	3,9
Nettolöhne und -gehälter	3,9	4,2	4,4	4,5	4,3	4,1	4,8	4,1
Monetäre Sozialleistungen	3,1	3,8	3,1	3,3	4,3	3,3	2,9	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	4,5	4,6	5,1	5,6	3,4	6,3	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,7	4,9	4,0	4,0	5,0	4,8	2,6	5,6
Verfügbares Einkommen	2,9	4,0	3,7	3,7	4,2	3,8	3,3	4,0
Konsumausgaben	2,7	3,8	3,6	3,6	4,0	3,6	3,2	3,9
Sparen	3,5	5,3	3,7	3,6	5,1	5,5	3,1	4,3

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	732,0	770,9	800,9	830,9	385,1	385,8	401,9	399,0
Nettosozialbeiträge	523,8	548,5	568,3	590,8	265,7	282,7	276,4	291,9
Vermögenseinkommen	18,1	17,0	17,6	18,1	8,6	8,4	9,2	8,3
Sonstige Transfers	19,9	21,2	21,4	21,7	10,1	11,0	10,2	11,2
Vermögenstransfers	15,5	10,9	10,6	10,7	5,4	5,5	5,3	5,3
Verkäufe	104,9	109,2	112,2	115,6	52,2	57,0	53,7	58,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 414,2	1 477,8	1 531,2	1 587,9	727,3	750,5	756,8	774,5
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	418,8	432,7	448,7	465,2	210,0	222,7	217,8	230,9
Arbeitnehmerentgelt	236,5	246,5	255,9	265,9	118,4	128,1	122,8	133,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	41,6	39,5	38,5	38,1	19,9	19,6	19,3	19,2
Subventionen	27,8	27,8	28,3	28,8	13,5	14,3	13,8	14,5
Monetäre Sozialleistungen	486,3	506,1	521,9	539,4	253,2	252,9	260,5	261,4
Sonstige laufende Transfers	75,7	76,2	82,1	87,1	40,9	35,3	44,4	37,8
Vermögenstransfers	36,4	39,6	33,5	34,6	20,7	19,0	13,8	19,6
Bruttoinvestitionen	66,8	70,3	74,2	77,7	30,1	40,1	32,1	42,1
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 388,6	1 437,3	1 481,7	1 535,4	706,1	731,2	723,9	757,8
Finanzierungssaldo	25,7	40,5	49,6	52,5	21,2	19,2	32,9	16,7

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019	2017		2018	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,9	5,3	3,9	3,7	5,6	5,0	4,4	3,4
Nettosozialbeiträge	4,6	4,7	3,6	3,9	4,8	4,6	4,0	3,3
Vermögenseinkommen	-15,4	-6,0	3,4	2,8	-9,9	-1,5	6,8	-0,2
Sonstige Transfers	-5,0	6,4	1,2	1,4	12,9	1,1	0,8	1,5
Vermögenstransfers	24,6	-29,3	-3,0	1,1	-28,6	-30,0	-2,6	-3,4
Verkäufe	4,3	4,1	2,8	2,9	4,8	3,4	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,4	4,5	3,6	3,7	4,8	4,2	4,1	3,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	6,1	3,3	3,7	3,7	3,3	3,3	3,7	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,2	4,2	3,8	3,9	4,4	4,1	3,7	3,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-10,4	-5,0	-2,6	-1,0	-3,8	-6,2	-3,0	-2,2
Subventionen	3,0	-0,2	1,8	1,9	-0,6	0,2	2,0	1,7
Monetäre Sozialleistungen	3,5	4,1	3,1	3,4	4,8	3,4	2,9	3,4
Sonstige laufende Transfers	1,3	0,7	7,8	6,0	2,3	-1,2	8,5	7,0
Vermögenstransfers	21,2	9,0	-15,6	3,5	31,9	-8,4	-33,0	3,4
Bruttoinvestitionen	4,1	5,2	5,5	4,8	4,1	6,0	6,5	4,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,0	3,5	3,1	3,6	4,4	2,7	2,5	3,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2017

Roland Döhrn, György Barabas und Angela Fuest

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2018¹

Zusammenfassung: Die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen hat deutlich Fahrt aufgenommen. Im Jahr 2016 und im ersten Halbjahr 2017 nahm das Bruttoinlandsprodukt mit der annähernd der gleichen Rate zu wie in Deutschland insgesamt. Die Beschleunigung steht auf breiter Basis, nahezu alle Indikatoren zeigen sich verbessert. Die Industrieproduktion nimmt, auch stimuliert vom günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld, inzwischen wieder deutlich zu, wenngleich das Plus etwas geringer ausfällt als in Deutschland insgesamt. Überdurchschnittlich expandieren dagegen die Umsätze bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Insgesamt spricht vieles dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens im Jahr 2017 um 2,4% steigen wird. Für 2018 ist eine Zunahme um 2,2% zu erwarten, womit sich NRW im Gleichschritt mit dem Bundesgebiet bewegen würde. Die Wertschöpfung in der Industrie dürfte dabei etwas an Fahrt gewinnen, während die Expansion im Dienstleistungssektor sich nach dem ausgesprochen kräftigen Zuwachs im Jahr 2017 wohl etwas verlangsamt. Angesichts der kräftigen Produktionsausweitung wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Arbeitslosenquote dürfte von 7,4% im Jahr 2017 auf 7,1% im Jahr 2018 zurückgehen.

Abstract: The economic situation in North-Rhine Westphalia has improved considerably. In 2016 and in the first half of 2017 GDP grew at nearly the same rate as in Germany as a whole. The acceleration of growth is broadly based; almost all indicators improved. A favorable international environment spurs production in the manufacturing sector, even if it grows somewhat slower than in residual Germany. On the other hand, turnover in administrative and support service activities is growing faster compared to residual Germany. Overall, GDP is expected having grown by 2.4% in 2017. The forecast for 2018 is 2.2%. Thus, economic activity in North-Rhine Westphalia will grow at the same pace as in Germany. Growth in the manufacturing sector will gather momentum whereas expansion in services will cool down a bit in the wake of past high rates. The situation in the labor market is going to improve further. Unemployment rate is forecast to go down from 7.4% in 2017 to 7.1% in 2018.

1 Abgeschlossen am 18.1.2018. Der Bericht wurde im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt. Er ist gleichlautend als erschienen als: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2018. Bericht des RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Veröffentlicht Online am 05.02.2018, abrufbar unter www.wirtschaft.nrw. Die Verfasser danken Olivia Martone für die Bereitstellung des IT.NRW-Gesamtindikaturs und Gisela Jung (IT.NRW) für ihre Erläuterungen zum Einzelhandelsumsatz in NRW.

1. Deutlich verbessertes weltwirtschaftliches Umfeld

Die internationale Konjunktur hat im Verlauf des Jahres 2017 deutlich Fahrt aufgenommen. Der Aufschwung hat in sektoraler Hinsicht – er wird inzwischen vermehrt von den Investitionen getragen – wie auch in regionaler Hinsicht deutlich an Breite gewonnen. In nahezu allen Ländern und Regionen hat sich die wirtschaftliche Expansion verstärkt. Insgesamt dürfte die weltwirtschaftliche Produktion nach Berechnungen der OECD (2017) im Jahr 2017 um 3,6% zugenommen haben, nach 3,1% im Jahr davor. Dabei fällt die Beschleunigung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in den Entwicklungs- und Schwellenländern ähnlich aus.

Überraschend kräftig entwickelte sich die Wirtschaft im Euro-Raum. Zu Jahresbeginn 2017 hatte die Europäische Kommission eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um lediglich 1,6% erwartet. Im Oktober hob sie ihre Prognose auf 2,2% an (European Commission 2017), und aktuelle Indikatoren deuten sogar auf eine noch etwas kräftigere Zunahme hin. Insgesamt steht die Expansion auf solidem Grund (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2017: 26-32). Sie reflektiert nämlich nicht nur das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld und die weiterhin expansiv ausgerichtete Geldpolitik. Vielmehr hat sich in vielen Ländern die Lage im Bankensektor verbessert, und es gab Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Für 2018 deutet sich ein Anhalten des weltwirtschaftlichen Aufschwungs an. Dämpfende Wirkungen seitens der Geldpolitik sind vorerst nicht zu erwarten. Zwar hat sich der Preisauftrieb beschleunigt, dies jedoch vor allem aufgrund gestiegener Rohstoffpreise. Die Kerninflation blieb moderat, und die Inflationserwartungen liegen im Bereich der Zielraten der Notenbanken. Daher werden die Notenbanken ihren Kurs wohl nur allmählich straffen. Auch dürfte der in Gang gekommene Beschäftigungsanstieg vorerst keine Knappheiten am Arbeitsmarkt nach sich ziehen, da in vielen Ländern die Erwerbsbeteiligung während der vergangenen Rezession gesunken war, so dass Raum für eine Zunahme der Beschäftigung vorhanden ist, ohne dass sich der Lohnanstieg beschleunigt. Alles in allem dürfte sich der globale Konjunkturaufschwung fortsetzen und spannungsfrei bleiben. Für 2018 prognostizieren wir eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Produktion um 3 1/2%. Der Preisauftrieb wird sich dabei voraussichtlich allenfalls leicht beschleunigen.

2. Aufschwung in Deutschland gewinnt an Kraft und Breite

Auch in Deutschland hat der Konjunkturaufschwung im Jahr 2017 an Breite gewonnen. Bis dahin hatten die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, der im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration deutlich gestiegene Staatsverbrauch und die lebhaften Bauinvestitionen das Expansionstempo im Wesentlichen bestimmt. Nun

leistet in Anbetracht des verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeldes auch der Außenhandel einen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion. Zudem nehmen im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen beschleunigt zu.

Allerdings mehren sich inzwischen die Hinweise auf Anspannungen. So kletterte die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen auf fast 800 000 – einen Wert, der zuletzt am Ende der sechziger Jahre beobachtet worden war, also zu Zeiten der Vollbeschäftigung. Auch mehren sich die Meldungen, dass die Produktion durch einen Arbeitskräftemangel behindert wird, insbesondere im Baugewerbe.² Der Lohnauftrieb hat sich, gemessen an den Effektivverdiensten, gleichwohl nur wenig beschleunigt von pro Kopf gerechnet 2,4% im Jahr 2016 auf 2,8% in den ersten drei Quartalen 2017. Entsprechend hat sich die Inflation gemessen an der Kernrate (Verbraucherpreise ohne Energie) im Jahresverlauf nur leicht beschleunigt. Deutlicher ist allerdings bereits der Auftrieb bei den Baupreisen und bei den Erzeugerpreisen außerhalb des Energiesektors.

Für das Jahr 2018 zeichnet sich eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs ab. Die Auftragsbücher in der Industrie und der Bauwirtschaft sind gut gefüllt, die Investitionsneigung der Unternehmen ist angesichts der zunehmenden Auslastung der Kapazitäten hoch und die Finanzierungsbedingungen dürften günstig bleiben. Der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau lässt außerdem einen weiteren Anstieg der Einkommen und damit der Konsumnachfrage erwarten. Die Ausrichtung der Geldpolitik dürfte sich nicht wesentlich ändern. Zwar lässt die EZB ihr Aufkaufprogramm im Verlauf von 2018 wohl auslaufen, mit Zinsschritten ist jedoch vorerst nicht zu rechnen. Der Preisauftrieb in Deutschland dürfte sich zwar allmählich beschleunigen, insbesondere im Bausektor. Dämpfend auf die Inflation wirkt aber weiterhin, dass die Zuwanderung und die offenen Arbeitsmärkte in der EU Knappheiten am Arbeitsmarkt und damit einer Beschleunigung des Lohnanstiegs entgegenwirken. Zudem wirkt vorerst die Aufwertung des Euro noch dämpfend auf die Einfuhrpreise. Alles in allem erwarten wir, dass das deutsche BIP im Jahr 2018 um 2,2%, also mit der gleichen Rate wie im Jahr 2017.

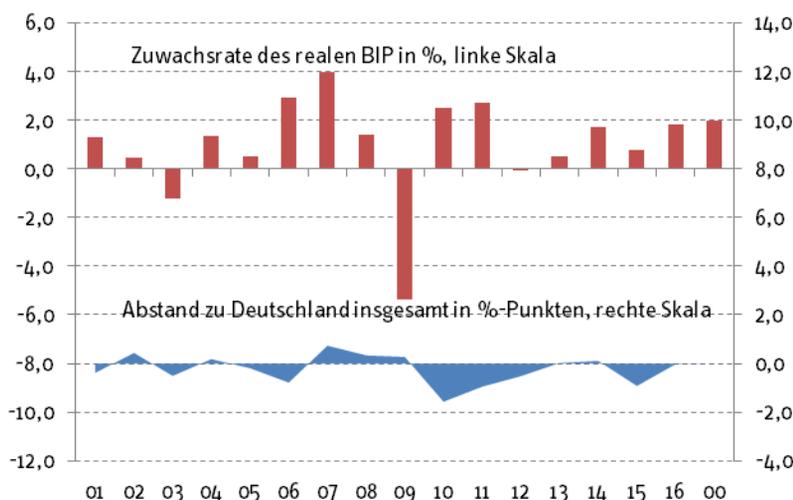
² Laut ifo Konjunkturtest ist der Anteil der Bauunternehmen, die Arbeitskräftemangel als die Produktion behindernden Faktor angeben, im Verlauf von 2017 beträchtlich gestiegen. Das Problem scheint aber nicht auf die Bauwirtschaft beschränkt zu sein. In der Herbstumfrage 2017 des DIHK bezeichneten 56% der Unternehmen Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko, das ist der höchste bisher gemessene Wert. Vgl. DIHK (2017).

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Schaubild 1

Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen

2001 bis 2017; in % bzw. in %Punkten



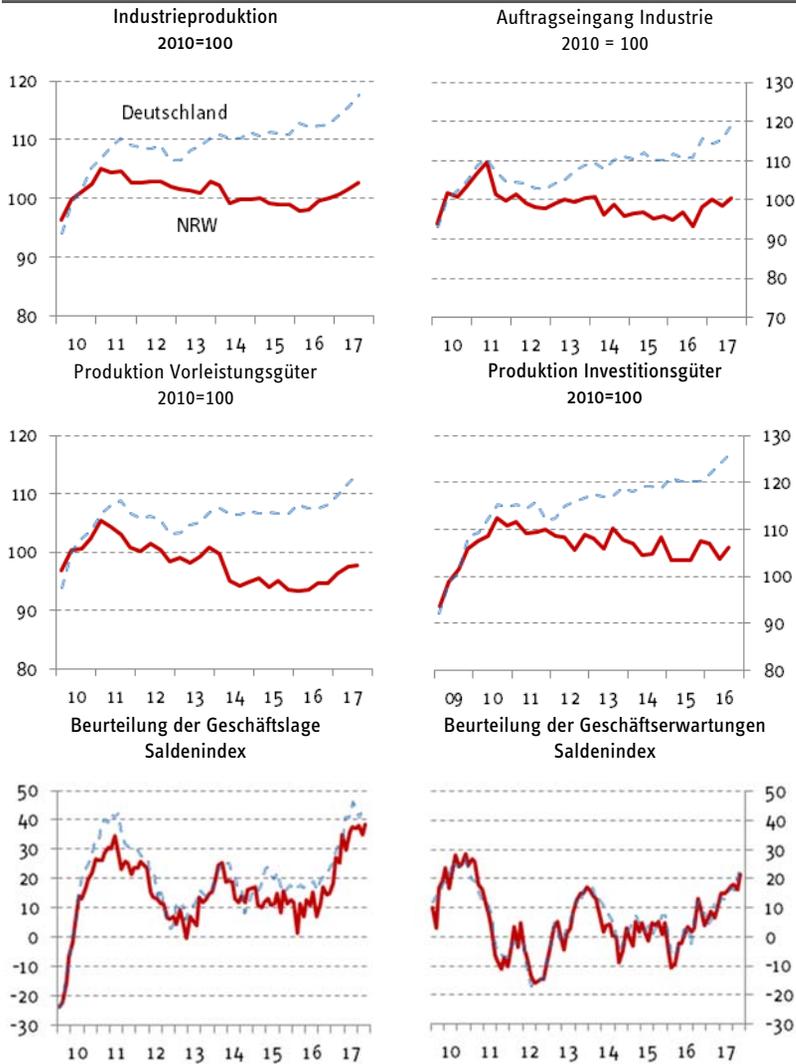
Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. 2017: Erstes Halbjahr.

3. Nordrhein-westfälische Wirtschaft expandiert mit ähnlichem Tempo wie die deutsche

Die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen hat ebenfalls deutlich an Dynamik gewonnen. Dabei scheint die Phase überwunden, in der die wirtschaftliche Expansion hierzulande hinter der im übrigen Deutschland zurückblieb. Im Jahr 2016 entsprach die Zunahme des BIP – zumindest nach der vorliegenden ersten Fortschreibung³ –

³ Die zeitnahe Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gestaltet sich schwierig, weil viele Basisstatistiken erst mit großer Verzögerung vorliegen. Der Arbeitskreis VGR der Länder bezeichnet daher die im März eines jeden Jahres veröffentlichte Entstehungsrechnung für das jeweilige Vorjahr als erste Fortschreibung. Die ein Jahr später veröffentlichte zweite Fortschreibung stützt sich zwar auf mehr Basisdaten, es fehlen aber immer noch zahlreiche Quellen. Alle Primärdaten sind erst in der sog. Originärberechnung verarbeitet, die mehr als zwei Jahre nach Ende eines Jahres vorliegt; die aktuellste bezieht sich derzeit auf 2014. Im Zuge dieses Bearbeitungszyklus kann es zu beträchtlichen Revisionen der Daten kommen. So wurde die Zuwachsrate des NRW-BIP 2015 in der 2. Fortschreibung gegenüber der ersten von 0,0% auf 0,8% angehoben.

Schaubild 2
Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe in Nordrhein-Westfalen
 2010 bis 2017, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, des ifo Instituts, der NRW.Bank und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

nahezu der in Deutschland insgesamt, und dies gilt auch für das erste Halbjahr 2017 (Schaubild 1).⁴ Allerdings war die Expansion bislang nicht kräftig genug, um den Boden wieder gutzumachen, den das Land in den Jahren 2010 bis 2015 gegenüber Deutschland insgesamt verloren hat. Dass jedoch die Konjunktur hierzulande wieder Tritt gefasst hat, zeigen nahezu alle Konjunkturindikatoren.

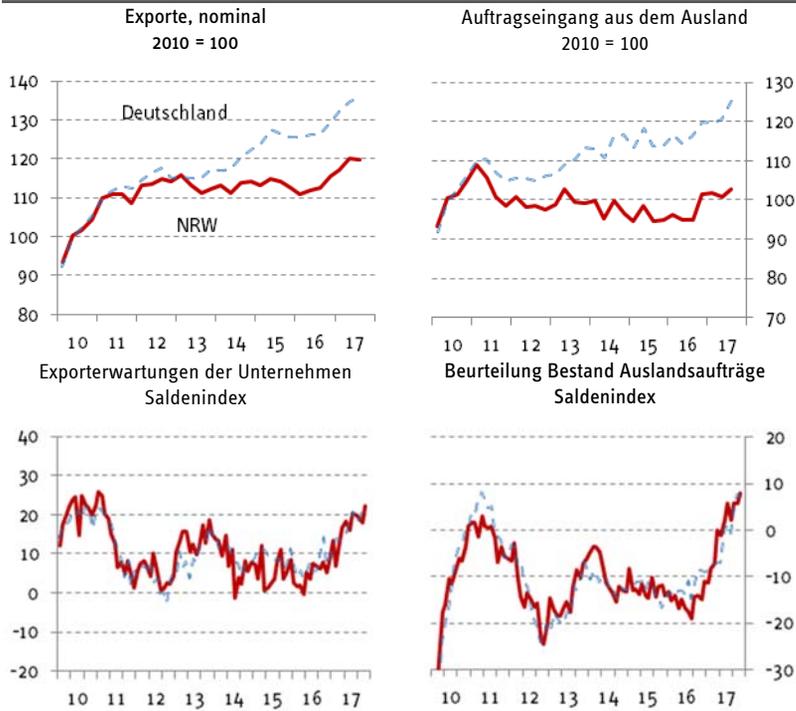
Die Produktion in der *Industrie*, die zwischen 2011 und Jahresanfang 2016 in der Tendenz gesunken war, nimmt inzwischen wieder spürbar zu (Schaubild 2). Dies gilt insbesondere für die Produktion von Vorleistungsgütern, während in den Investitionsgütersektoren bisher nur der Rückgang gestoppt wurde, sich aber noch kein Aufwärtstrend eingestellt hat. Auf eine Fortsetzung des Produktionsanstiegs weist hin, dass die Auftragseingänge – ebenfalls nach einem längeren Rückgang – wieder zunehmen. Gleichwohl stellt sich die Situation im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin etwas ungünstiger dar als in Deutschland insgesamt. So ist bei den Exporten und bei den Auslandsaufträgen zwar eine Besserung eingetreten (Schaubild 3). Der Rückstand gegenüber Deutschland insgesamt hat sich allerdings zuletzt wieder etwas vergrößert, insbesondere bei den Auslandsaufträgen. Die am NRW.Bank.ifo Konjunkturtest teilnehmenden Unternehmen schätzen vor diesem Hintergrund ihre Geschäftslage zwar deutlich besser ein als vor Jahresfrist, sind jedoch nicht ganz so optimistisch wie die in anderen Regionen Deutschlands. Ungeachtet dessen unterscheiden sich die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Unternehmen weder was die Geschäftstätigkeit allgemein angeht noch bezüglich des Exportgeschäfts von denen der deutschen Unternehmen insgesamt.

Ein etwas widersprüchliches Bild zeichnen die Indikatoren schon seit einiger Zeit für die *Bauwirtschaft* (Schaubild 4). Einerseits unterscheidet sich der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe kaum von dem in Deutschland insgesamt, und dies gilt auch für das Geschäftsklima in der Branche und für ihre Kapazitätsauslastung. Andererseits hat sich der Produktionsindex zwar verbessert, er hat aber seit 2010 etwa 10 Punkte gegenüber Deutschland insgesamt eingebüßt, und spiegelbildlich wurde auch die Bruttowertschöpfung in diesem Sektor nur wenig ausgeweitet. Allerdings hat sich der Abstand seit 2014 nicht weiter vergrößert, was für sich auf eine Entwicklung der Bauwirtschaft in etwa parallel zu der im Bundesgebiet hinweist.⁵ Eingeschränkt wird die Aussagekraft des Produktionsindex allerdings dadurch, dass er sich

⁴ Die jeweils im September veröffentlichte Halbjahresrechnung wird später nicht mehr an die geänderten Rechenstände für den Jahreswert angepasst.

⁵ Im Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2017 war noch darauf verwiesen worden, dass sich der Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe am damals aktuellen Rand günstiger entwickelte als der in Deutschland insgesamt. Nach einer grundlegenden Revision zeigt der Index für die vergangenen Jahre mehr oder weniger eine Parallelentwicklung an.

Schaubild 3
Indikatoren zur Außenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen
2010 bis 2017, saisonbereinigt

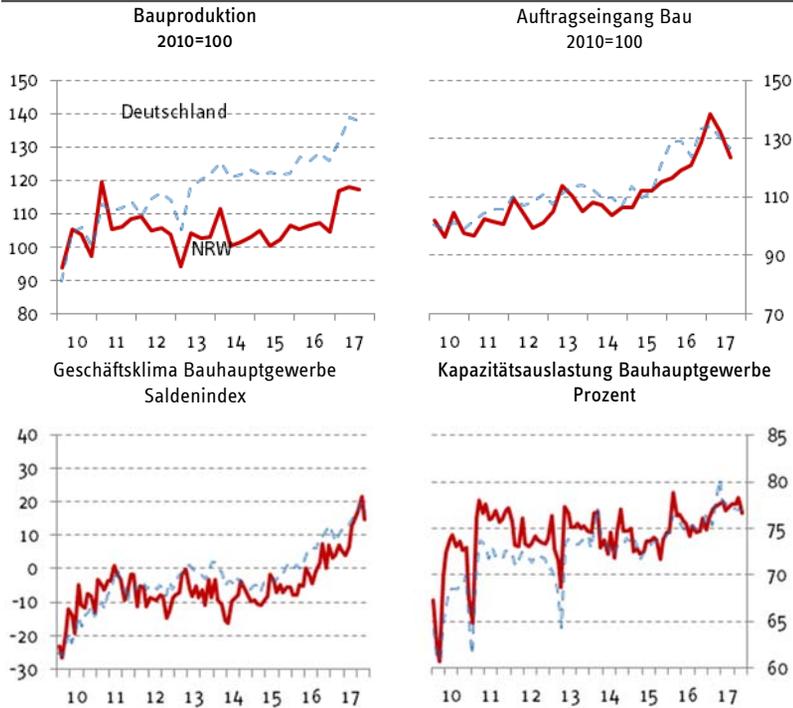


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, des ifo Instituts, der NRW.Bank und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf.

nur auf Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und nur auf das Bauhauptgewerbe bezieht. Geprägt wird die Konjunktur im Bausektor derzeit aber wesentlich durch Modernisierungen und energetische Sanierungen, wovon vor allem das Ausbaugewerbe profitiert. Im Bauhandwerk, dem viele der kleineren Betriebe zuzurechnen sind, war im ersten Halbjahr 2017 sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe ein beschleunigter Anstieg sowohl des Umsatzes als auch der Beschäftigung zu verzeichnen, wobei die Umsätze in NRW etwas stärker zunahm als in Deutschland insgesamt.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Indikatoren zur Bauwirtschaft in Nordrhein-Westfalen 2010 bis 2017, saisonbereinigt

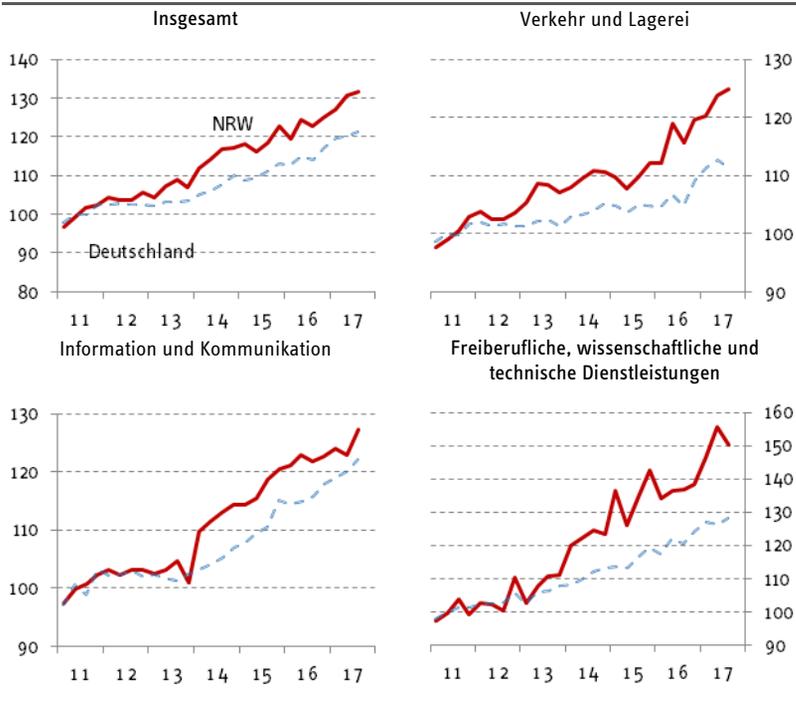


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, des ifo Instituts, der NRW.Bank und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf.

Deutlich günstiger als in Deutschland insgesamt entwickeln sich schon seit geraumer Zeit die Umsätze bei den unternehmensnahen *Dienstleistungen* (Schaubild 5). Dies gilt insbesondere für das Verkehrs- und Lagereigewerbe, aber auch für die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, wenn diese auch nach einem ausgesprochen kräftigen Zuwachs im ersten Halbjahr im dritten Quartal einen leichten Dämpfer erhielten. Im Bereich Information und Kommunikation hatte sich der Anstieg der Umsätze in NRW seit Jahresbeginn 2016 zwar etwas verlangsamt, zuletzt war er aber wieder kräftiger. Angesichts sinkender Preise in diesem Sektor dürfte das reale Wachstum beträchtlich sein. In einem anderen gewichtigen Dienstleistungssektor, dem Einzelhandel, entwickelte sich der Index der realen Umsätze in

Schaubild 5

Umsätze mit unternehmensnahen Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen
2010 bis 2017, 2011=100, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von IT.NRW.

den vergangenen Jahren zwar deutlich ungünstiger als in Deutschland insgesamt. Dies ist jedoch zu einem erheblichen Teil auf Änderungen im Berichtskreis zurückzuführen. Aussagekräftiger sind daher am aktuellen Rand die Veränderungsdaten zum Vorjahr. Danach nahmen die Umsätze in NRW im Jahr 2017 mit ähnlichen Raten zu wie die in Deutschland insgesamt.⁶

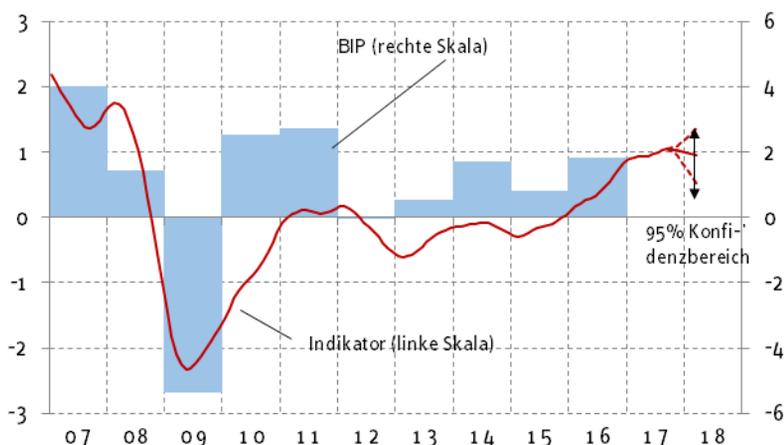
⁶ Ein großer Internet-Händler gründete im Mai 2015 eine Niederlassung in Deutschland, deren Umsätze seitdem in den Umsatzindex für den Einzelhandel einfließen. Da dieser Händler seinen Sitz außerhalb NRWs hat, wurde der Index für NRW im Gegensatz zum Index für Deutschland insgesamt durch diese Erweiterung des Berichtskreises nicht beeinflusst. Hinzu kommt nach Auskunft von IT.NRW ein geändertes Verfahren zur regionalen Aufschlüsselung der Umsätze eines größeren Filialunternehmens, was zu Lasten der für NRW ausgewiesenen Umsatzentwicklung ging.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

Schaubild 6

IT.NRW-Gesamtindikator für die Konjunkturlage¹ und Bruttoinlandsprodukt² in NRW

2007 bis 2018



Berechnungen von IT.NRW, Referat 543 (Gesamtrechnungen). – ¹Rechenstand Dezember 2017. Oktober 2017 bis März 2018: Prognose. – ²Vorjahresveränderung des preisbereinigten BIP, verkettete Volumenangaben.

Viele der dargestellten Indikatoren und weitere gehen in den von IT.NRW berechneten Gesamtindikator der Konjunkturlage des Landes ein, der eine zeitnahe Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung erlaubt (Schaubild 6). Dieser Indikator hat sich seit Jahresende 2016 gegenüber dem damals bereits in längerfristiger Perspektive hohen Wert weiter verbessert. Dies deutet darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Expansion im Jahr 2017 wohl noch etwas kräftiger war als im Vorjahr, was durch die vorliegende Halbjahresberechnung des BIP bestätigt wird. Extrapoliert man den Gesamtindikator bis in das erste Quartal 2018, so bleibt er auf hohem Niveau, schwächt sich aber im Verlauf leicht ab, was auf ein etwas nachlassendes Expansionstempo hindeutet.

4. Weiterhin kräftige Zunahme des BIP in Nordrhein-Westfalen

In der Gesamtschau lassen die Konjunkturindikatoren erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens im Jahr 2017 geringfügig stärker expandierte als das in Deutschland insgesamt. Wir gehen von einer Zunahme um 2,4% aus, das wäre

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

zwei Zehntel kräftiger als das deutsche BIP. Getragen wird die Expansion dabei vom Dienstleistungssektor, während die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe voraussichtlich etwas langsamer ausgeweitet wurde als in Deutschland insgesamt. Für das Baugewerbe sind ähnliche Zuwächse wie in Deutschlands insgesamt zu erwarten.

Für das Jahr 2018 prognostizieren wir eine Zunahme des nordrheinwestfälischen Bruttoinlandsprodukts um 2,2%, das ist die gleiche Rate wie für Deutschland insgesamt. Im Zuge der kräftigeren Weltkonjunktur und der lebhafteren Ausrüstungsinvestitionen dürfte dabei die Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) etwas rascher ausgeweitet werden als im Jahr 2017. Dämpfend wirkt hier das Ende des Steinkohlebergbaus, wenngleich dessen Beitrag zur Wirtschaftsleistung des Landes mittlerweile nicht mehr groß ist. Im Dienstleistungssektor dürfte die Expansion nach dem sehr kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr etwas an Tempo verlieren, aber gleichwohl wird die Wertschöpfung voraussichtlich stärker ausgeweitet werden als im Produzierenden Gewerbe. Wie in Deutschland insgesamt, verfügt auch die nordrhein-westfälische Bauwirtschaft zwar einerseits über ein großes Auftragspolster, sie sieht sich andererseits aber, wie Unternehmensbefragungen zeigen, ebenfalls mit Engpässen insbesondere bei der Gewinnung geeigneten Personals konfrontiert. Anregend dürften vermehrte öffentliche Investitionen wirken. Zum einen hat sich die Finanzlage vieler Kommunen verbessert, was ihnen Raum für mehr Investitionen

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen in ausgewählten Bereichen¹

2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Bruttoinlandsprodukt	1,7	0,8	1,8	2,4	2,2
Bruttowertschöpfung aller Produktionsbereiche	1,6	0,6	1,8	2,6	2,3
darunter:					
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	2,6	1,7	0,9	1,4	2,0
Baugewerbe	0,4	-1,5	0,4	3,0	2,9
Dienstleistungsbereiche	1,5	0,4	2,2	3,0	2,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	4,3	0,2	3,0	2,5	2,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister ²	0,5	0,4	1,3	3,1	2,6
Öffentliche und sonstige Dienstleister ³	0,0	0,5	2,5	3,0	2,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. – ¹In konstanten Preisen des Vorjahres – ²einschl. Grundstücks- u. Wohnungswesen. – ³einschl. Erziehung, Gesundheit und Private Haushalte. – ^PEigene Prognose.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

gibt. Zum anderen dürften die Bundesmittel zur Förderung kommunaler Investitionen vermehrt abgerufen werden.⁷ Schließlich fließt auch ein im Vergleich zu früher höherer Anteil der Bundesinvestitionen in Verkehrswege nach NRW. Alles in allem dürfte daher die Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft weiter spürbar ausgeweitet werden.

5. Lage am Arbeitsmarkt bessert sich, aber regionale Unterschiede bleiben groß

Vor dem Hintergrund des sich fortsetzenden Aufschwungs verbesserte sich die Lage am nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt weiter. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist 2017 im nunmehr bereits dritten Jahr in Folge gesunken, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist weiter gestiegen. Das hohe Niveau und die anhaltende Zunahme der Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen deutet auch auf eine hierzulande zunehmende Knappheit von Arbeitskräften zumindest auf regionaler Ebene hin, trotz der über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquoten.

Ungeachtet der auch in Nordrhein-Westfalen günstigen Beschäftigungsentwicklung blieb jedoch der Abbau der Arbeitslosigkeit erneut deutlich hinter dem in Deutschland insgesamt zurück. Letzterer ging allerdings maßgeblich auf die ostdeutschen Bundesländer zurück, in denen die Arbeitslosigkeit inzwischen auch demografisch bedingt sinkt.⁸ Im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern fiel die Abnahme zwar ebenfalls unterdurchschnittlich aus, jedoch schnitt NRW im Vergleich mit diesen beispielsweise besser ab als die norddeutschen Länder. Alles in allem erreichte die Arbeitslosenquote in NRW im Dezember 2017 mit (saisonbereinigt) 7,2% den niedrigsten Stand seit Beginn der neunziger Jahre.

Auch in Nordrhein-Westfalen hat die Besserung der Arbeitsmarktlage den Bereich der Langzeitarbeitslosen erfasst. So betrug der Anteil der Personen, die ein Jahr oder länger als arbeitslos registriert waren, im Durchschnitt des Jahres 2017 41,8%. Dies waren 1,4%-Punkte weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nichtsdestotrotz bleibt NRW hinter Bremen eines der Bundesländer mit der höchsten Langzeitarbeitslosenquote.

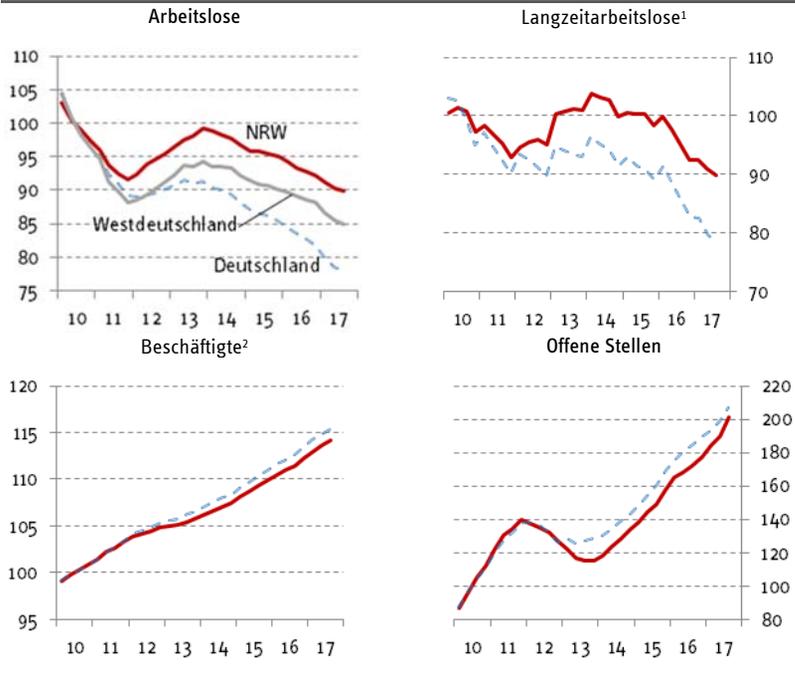
⁷ Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums waren zum 30.6.2017 von den für NRW bestimmten Finanzhilfen in Höhe von 1,1 Mrd. € nur 10% bereits abgerufen. Das Investitionsvolumen der vorgesehenen Maßnahmen belief sich zur Jahresmitte 2017 auf gut 1 Mrd. €. BMF (2017)

⁸ Die stärkere Abnahme der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland ist darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland das Arbeitskräfteangebot aufgrund demografischer Faktoren schneller zurückgeht als im Westen (BA 2017).

Schaubild 7

Indikatoren des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen

2010 bis 2017, 2010 = 100, Quartalsdurchschnitte, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Düsseldorf. - ¹nicht saisonbereinigt. - ²sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Dass sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen ähnlich entwickeln wie in Deutschland insgesamt, zugleich aber der Abbau der Arbeitslosigkeit langsamer voran kommt, weist darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit hierzulande im Wesentlichen strukturelle Ursachen hat. Dies lässt sich auch an den markanten regionalen Unterschieden festmachen. So finden sich die höchsten Arbeitslosenquoten in Städten des Ruhrgebiets. Hierunter verzeichnet Gelsenkirchen mit 13,7% im Dezember 2017 weiterhin den mit Abstand höchsten Wert. Andererseits herrscht in einzelnen Kreisen des Münsterlandes, des Sauerlandes und in Westfalen nahezu Vollbeschäftigung mit Arbeitslosenquoten von 2,7% in Coesfeld, 3,4% in Borken, 3,6% in Olpe und 4,0% in Steinfurt.

Positiv ist allerdings zu vermerken, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in regionaler Hinsicht an Breite gewonnen hat. Im Jahr 2017 sank in fast allen Kreisen und

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

kreisfreien Städten die Arbeitslosigkeit. Lediglich in Bottrop, im Rhein-Kreis Neuss und im Kreis Coesfeld stieg die Zahl der Arbeitslosen, wobei letzteres im Zusammenhang mit dem sehr niedrigen Ausgangsniveau zu sehen ist, das kaum Spielraum für eine Verbesserung bietet.

Analog zur Dynamik auf dem deutschen Arbeitsmarkt dürfte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen im Prognosezeitraum – wenngleich abgeschwächt – fortsetzen. Im Jahr 2018 dürfte die Arbeitslosenquote um 0,3 %-Punkte auf 7,1 % sinken.

Die Erwerbstätigkeit in NRW hat in der ersten Jahreshälfte 2017 kräftig und in ähnlichem Maße wie in Deutschland insgesamt zugelegt. In den Monaten Januar bis Oktober ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Wesentlicher Treiber des Beschäftigungsaufbaus blieb der Dienstleistungssektor. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurde dort die Beschäftigung um durchschnittlich 3,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgeweitet – und damit um 0,2%-Punkte stärker als in Deutschland insgesamt. In diesem Sektor weist die Branche Arbeitnehmerüberlassung die höchsten Zuwachsraten auf – diese liegen deutlich über dem deutschen Durchschnitt. Auch in den Wirtschaftszweigen Verkehr und Lagerei, Heime und Sozialwesen sowie im Gastgewerbe nahm die Beschäftigung stärker zu als in Deutschland insgesamt. Dagegen fiel entsprechend der dort langsameren Expansion der Beschäftigungsaufbau im Produzierenden Gewerbe verhaltener als in Deutschland insgesamt aus.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Beschäftigungsaufbau in NRW fortsetzen. Der Dienstleistungssektor wird dabei wohl die treibende Kraft bleiben. Für den Jahresdurchschnitt 2017 ist eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 2,2% zu erwarten. Für das kommende Jahr prognostizieren wir eine etwas geringere Zunahme um 1,8%.

Literatur

BA - Bundesagentur für Arbeit (2017), Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, November 2017, Nürnberg)

BMF - Bundesministerium der Finanzen (2017), Umsetzung des Kapitel 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvVG I) in den Ländern. <http://www.bundesfinanzministerium.de>. Abgerufen am 11.12.2017.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2017), Schwung nutzen – Investitionsbremsen lösen. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2017. Berlin.

European Commission (2017), European Economic Forecast Autumn 2017. European Economy Institutional Papers 063. Brüssel.

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

OECD (2017), Economic Outlook November 2017. Paris.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2017), Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu. Gemeinschaftsdiagnose #2-2017. Kiel.

Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen

György Barabas, Heinz Gebhardt, Torsten Schmidt und Klaus Weyerstraß

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2022:¹ Hohe Kapazitätsauslastung birgt Stabilitätsrisiken

***Zusammenfassung:** In der mittleren Frist dürfte sich der Aufschwung in Deutschland zwar fortsetzen, doch wird die Wirtschaftsleistung voraussichtlich weniger schwungvoll expandieren als derzeit. Dabei wird vor allem die Binnennachfrage zunächst kräftig ausgeweitet. Ein allmähliches Anziehen der geldpolitischen Zügel dürfte die Nachfrage etwas dämpfen. Auch die derzeit recht hohen Zuwächse des Produktionspotenzials werden sich in den kommenden Jahren aus demografischen Gründen wohl verringern. Gegen Ende des Projektionszeitraums dürften sowohl das Produktionspotenzial als auch die tatsächliche Produktion mit Raten von 1,4% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Die positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial dürfte in den kommenden Jahren zunächst noch steigen und sich gegen Ende der mittleren Frist bei etwa 1,5% des Produktionspotenzials einpendeln. Mit derart hoch ausgelasteten Kapazitäten befindet sich die deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Hochkonjunktur.*

***Abstract:** The economic upswing in Germany will continue in the medium term but loose some pace after 2019. Initially, domestic demand will remain the main driver of the economy. In the medium term tightening of monetary policy is expected which will dampen domestic demand. At the same time, the growth of potential output will decline due to demographic factors. We expect that actual GDP as well as potential GDP will expand at a rate of 1,4% towards the end of the medium term. This projection implies that the output gap will continue to increase in the next years and will stabilize at 1,5% of potential output thereafter. Thus, capacity utilization will remain high, which is a clear sign that the business cycle will run into a boom phase.*

¹ Abgeschlossen am 8. Februar 2018. Die Mittelfristprojektion ist ein Gemeinschaftsprojekt des RWI mit den IHS Wien. Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des IHS Wien. Wir danken Roland Döhrn für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare.

Mittelfristprojektion bis 2022

1. Wachstum des Produktionspotenzials schwächt sich aufgrund der demografischen Entwicklung mittelfristig ab

Die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland werden in der mittleren Frist maßgeblich von der Entwicklung des Arbeitsvolumens bestimmt.² Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) ist seit 2014 aufgrund der hohen Zuwanderung spürbar gestiegen. Neben der Zuwanderung aus einigen mittel- und osteuropäischen Ländern kamen insbesondere im Jahr 2015 viele Flüchtlinge nach Deutschland. Auch 2016 und 2017 war die fluchtbedingte Migration im längerfristigen Vergleich hoch, aber deutlich geringer als 2015.³ Zwischen Flüchtlingen und anderen Migranten bestehen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Partizipationsrate, d.h. der Erwerbsbeteiligung, und der Erwerbslosigkeit. Daher wird bei der Projektion dieser beiden Komponenten des Arbeitsvolumens zwischen Inländern und nicht aus dem Fluchtmotiv nach Deutschland kommenden Personen auf der einen Seite und den Flüchtlingen auf der anderen Seite unterschieden.⁴

Die für die vorliegende Projektion unterstellte Zuwanderung basiert auf der im März 2017 aktualisierten Rechnung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2017a). Die dortige Variante 2-A bildet die Grundlage für die Annahmen zum künftigen Erwerbspersonenpotenzial in der vorliegenden Projektion. Demnach sinkt die Nettozuwanderung von rund 750 000 Personen im Jahr 2016 und 350 000 im Jahr 2017 bis auf 150 000 Personen im Jahr 2022.

Für die Projektion gehen wir davon aus, dass der Wanderungssaldo der Flüchtlinge, der sich im Jahr 2016 auf rund 210 000 Personen belaufen haben dürfte, im Jahr 2017 auf 50 000 Personen gesunken ist. Für viele der im Jahr 2015 angekommenen Flüchtlinge dürfte im Jahr 2017 das Asylverfahren mit einem negativen Bescheid abgeschlossen worden sein, so dass diese zur Ausreise verpflichtet waren. Aus dem gleichen Grund unterstellen wir für 2018 einen noch niedrigeren Wanderungssaldo der

² Im Einklang mit der Methode, die auch von der Europäischen Kommission verwendet wird (Havik et al. 2014), schätzen wir die Produktionsmöglichkeiten auf Basis einer Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Erwerbspersonenpotenzial, Kapitalstock und Trend des technischen Fortschritts. Unterschiede ergeben sich bei der Fortschreibung des Arbeitsvolumens und im Detail bei der Spezifikation einiger Zeitreihenmodelle.

³ Daten zum Wanderungssaldo im Jahr 2016 liegen derzeit nicht vor. Die Wanderungsstatistik wird auf ein neues technisches Aufbereitungsverfahren umgestellt; zudem gibt es Änderungen bei der Datenlieferung von den Meldebehörden an die Statistikämter. Vgl. Destatis: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen.html> (abgerufen am 13.12.2017). Gemäß einer Schätzung vom Februar 2017 belief sich die Nettozuwanderung im Jahr 2016 auf 750 000 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt, 2017b).

⁴ Zum methodischen Vorgehen vgl. Barabas et al. 2016 und Barabas et al. 2017.

Flüchtlinge von 10 000 Personen. Dann dürften die Asylanträge der im Jahr 2015 angekommenen Flüchtlinge abgearbeitet und die zur Ausreise verpflichteten Personen das Land verlassen haben. Für den Rest des Projektionszeitraums wird unterstellt, dass sich der fluchtbedingte Migrationssaldo bei 40 000 Personen pro Jahr stabilisiert. Hinsichtlich der nicht fluchtbedingten Migration unterstellen wir, dass diese nach einem Höchststand von 560 000 Personen im Jahr 2016 ab 2017 schrittweise auf 130 000 Personen im Jahr 2022 zurückgehen wird. Dieser Setzung liegt die Erwartung zugrunde, dass die Zuwanderung aus den ehemaligen Krisenländern in der EU im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierung dort allmählich abebben wird.

Dem Arbeitskräftepotenzial werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter zugerechnet. Im Einklang mit der Altersverteilung der Zuwanderung in der Vergangenheit nehmen wir an, dass rund 87% der sonstigen Migranten und 71% der Flüchtlinge dieser Altersgruppe angehören.

Für die Ableitung des Erwerbspersonenpotenzials ist relevant, welcher Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Altersstruktur der Erwerbspersonen zu Gunsten älterer Personen verschiebt und diese eine zwar tendenziell steigende, aber immer noch deutlich geringere Erwerbsbeteiligung aufweisen, verwenden wir für die Fortschreibung der Partizipationsrate ein Alterskohortenmodell. Darin werden die altersspezifischen Partizipationsraten für 5-Jahres-Kohorten separat mit Hilfe von Zeitreihenmodellen fortgeschrieben, trendbereinigt und dann mit den Bevölkerungsanteilen der jeweiligen Alterskohorten gewichtet aggregiert (vgl. Barabas et al. 2017, Kasten).

Das Alterskohortenmodell impliziert in Verbindung mit den Annahmen zur Partizipationsrate der Flüchtlinge, dass sich der in der Vergangenheit beobachtete trendmäßige Anstieg der Partizipationsrate, die zurzeit 73,4% beträgt, bis 2019 fortsetzt, danach die aggregierte Erwerbsbeteiligung aber leicht sinkt. Ausschlaggebend hierfür ist, dass insbesondere bei den Inländern der Anteil der älteren Kohorten mittelfristig steigt. Deren Partizipationsraten nehmen zwar zu, bleiben aber unter jenen der 20- bis 55-Jährigen. Dem entgegen dürfte wirken, dass die anfangs sehr niedrige Partizipationsrate der Flüchtlinge in der mittleren Frist steigen wird.

Für das Produktionspotenzial ist ferner die strukturelle, also die um konjunkturelle Einflüsse bereinigte, Erwerbslosenquote relevant. Da sich die Erwerbslosenquoten der Flüchtlinge aufgrund ihrer zunächst geringen Arbeitsmarktchancen von denen anderer Bevölkerungsgruppen unterscheiden, differenzieren wir, wie bei der trendmäßigen Partizipationsrate, auch hier zwischen Flüchtlingen auf der einen Seite und übrigen Personen auf der anderen Seite (zur Methodik vgl. Barabas et al. 2016 und Barabas et al. 2017).

Mittelfristprojektion bis 2022

Tabelle 1

Produktionspotenzial und seine Komponenten

1995 bis 2022^a; jahresdurchschnittliche Veränderung in %

	1995 – 2016	Wachs- tumsbei- träge ¹	2016 – 2022	Wachs- tumsbei- träge ¹
Produktionspotenzial	1,3		1,6	
Kapitalstock	1,6	0,6	1,4	0,5
Solow-Residuum	0,7	0,7	1,0	1,0
Arbeitsvolumen	0,1	0,1	0,2	0,1
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0	
Partizipationsrate	0,5		0,2	
Erwerbsquote	0,2		0,2	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,2	
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität			1,2	1,4

Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In %-Punkten. – ^aDifferenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Die strukturelle Erwerbslosenquote ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken und belief sich nach unseren Schätzungen im Jahresdurchschnitt 2017 auf knapp 4%. Im Projektionszeitraum dürfte der Rückgang vorerst die hohe Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen gebremst werden. Aus der Anwendung unseres Verfahrens zur Schätzung der Erwerbslosenquote der Flüchtlinge und der strukturellen Erwerbslosenquote aller anderen Personen (vgl. Barabas et al. 2017) folgt, dass die strukturelle Erwerbslosenquote der Gesamtbevölkerung zunächst noch etwas zurückgeht und sich ab 2020 bei 3,1% stabilisiert.

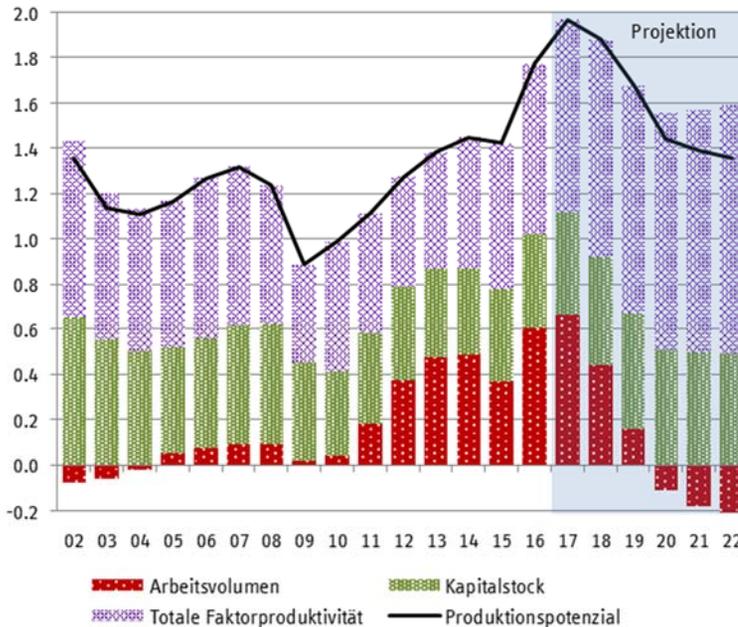
Insgesamt ergibt sich ein Wachstum des Produktionspotenzials im Projektionszeitraum von 1,6% pro Jahr; der Anstieg liegt um 0,3%-Punkte oberhalb der Potenzialwachstumsrate der zurückliegenden Dekade (Tabelle 1). Während der Beitrag des Faktors Kapital zum Wachstum niedriger als in der Vergangenheit ist, steigt der Beitrag des technischen Fortschritts. Dieser bleibt mittelfristig der wesentliche Träger des Wachstums (Schaubild 1). Der Beitrag des Produktionsfaktors Kapital bleibt im Zeitverlauf in etwa konstant, während der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens im Zeitverlauf abnimmt. Zurückzuführen ist dies insbesondere daraus, dass Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab 2018 zurückgeht (Schaubild 2). In den vergangenen

Jahren hatte hohe Zuwanderung die dämpfenden Effekte des Geburtendefizits vergangener Jahre gemildert. Im Vergleich zu unserer Mittelfristprojektion vom Sommer 2017 haben wir die unterstellte Nettozuwanderung reduziert, vor allem weil im Jahresverlauf deutlich weniger Flüchtlinge kamen als zunächst erwartet, und weil sich die Konjunktur in der übrigen EU markant aufgehellt hat, so dass sich auch die Nettozuwanderung aus diesen Ländern abgeschwächt haben dürfte. Die Partizipationsrate steigt aus den geschilderten demografischen Gründen noch bis 2019 und geht anschließend zurück. Der rückläufige Trend bei der durchschnittlichen Arbeitszeit dürfte abschwächen. Die strukturelle Erwerbslosenquote sinkt zunächst trotz der hohen Erwerbslosigkeit der Flüchtlinge und bleibt zum Ende des Projektionszeitraums konstant.

Schaubild 1

Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial

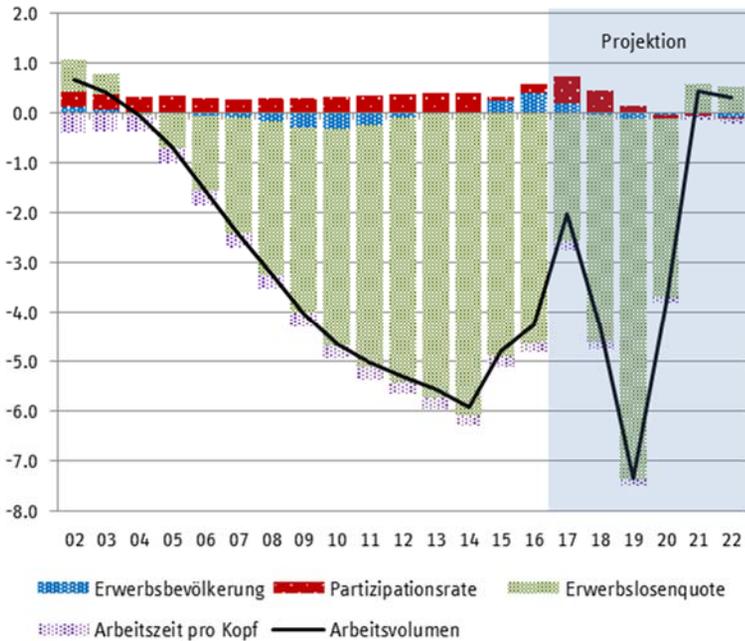
2002 bis 2022; in % und in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Mittelfristprojektion bis 2022

Schaubild 2
Komponenten des Arbeitsvolumens
2002 bis 2022 Wachstumsbeiträge in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2. Expansion der Weltwirtschaft lässt etwas nach

Die weltwirtschaftliche Produktion, die im vergangenen Jahr kräftig expandierte, dürfte in der kurzen Frist weiterhin spürbar zulegen, da die vielerorts steigende Beschäftigung wohl noch einige Zeit positiv auf die Konsumnachfrage ausstrahlen wird. Zwar führt der steigende Beschäftigungsstand hier und da zu Knappheiten in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes, gesamtwirtschaftlich sind diese aber noch nicht bedeutsam, was auch daran abzulesen ist, dass die Löhne derzeit noch nicht in einem Maße steigen, wie es in konjunkturellen Hochphasen zu erwarten wäre. Zudem werden angesichts der vielerorts hoch ausgelasteten Kapazitäten die Unternehmensinvestitionen kräftig ausgeweitet. Dies geht mit einer spürbaren Belegung des

Kasten

Vergleich mit den Potenzialschätzungen anderer Institutionen

Im Folgenden wird unsere aktuelle Schätzung des Potenzialwachstums und der Produktionslücke mit denen anderer Institutionen verglichen. Eine Übersicht gibt die Tabelle. Sie zeigt, dass Unterschiede beträchtlich sind. Sie lassen sich zwar zum Teil auf unterschiedliche Kurzfristprognosen zurückführen, im Wesentlichen dürften sie aber auf methodischen Unterschieden beruhen.

Alle in der Tabelle aufgeführten Institutionen verwenden als Grundlage ihrer Projektion eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion^a, auch wenn der IWF in der jüngeren Vergangenheit für einzelne Länder versuchsweise Schätzungen mit sogenannten multivariaten Filterverfahren erprobt hat (vgl. Blagrove et al. 2015). Die Projektion der Bundesregierung basiert im Wesentlichen, wie unsere, auf der Methode der EU-Kommission (Havik et al. 2015).

Alle genannten Schätzungen des Produktionspotentials beruhen auf Cobb-Douglas-Produktionsfunktionen mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Die trendmäßigen Einsatzfaktoren werden jeweils mit Hilfe statistischer Filterverfahren um kurzfristige Schwankungen bereinigt. Abweichungen ergeben sich in Details, etwa bei der Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote, der Fortschreibung der Partizipationsraten oder der Schätzung des trendmäßigen Kapitaleinsatzes.

So schätzt der SVR die strukturelle Erwerbslosenquote wie die EU-Kommission auf Basis eines Phillips-Kurven-Modells, schätzt aber im Gegensatz zur EU-Kommission mehrere Modelle und bildet dann den Mittelwert der resultierenden Erwerbslosenquoten. Auch verwendet der SVR, anders als die EU-Kommission, keinen Ankerwert, gegen den die strukturelle Erwerbslosenquote langfristig konvergiert (vgl. SVR 2017; Breuer und Elstner, 2017). Die OECD-Methode unterscheidet sich von den anderen insbesondere hinsichtlich der Schätzung des Kapitaleinsatzes. Sie approximiert mit Hilfe einer Altersverteilung der Kapitalgüter den effektiven Kapitaleinsatz (vgl. Beffy et al. 2006).

Alle Ansätze erfordern eine Trendschätzung der Einsatzfaktoren. So werden einige Bestandteile des Arbeitsvolumens (Partizipationsraten, durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen) und teils auch der technische Fortschritt mit statistischen Filterverfahren um kurzfristige Schwankungen bereinigt. Dabei bestehen Freiheitsgrade hinsichtlich der Wahl des Verfahren und der Festlegung verschiedener Parameter, etwa der Glättungsparameter. Zudem berücksichtigt das RWI-Verfahren, wie beschrieben, altersspezifische Partizipationsraten. Darüber hinaus unterscheiden die Bundesregierung, die EU-Kommission und wir bei der Zuwanderung zwischen Flüchtlingen und anderen Personen.

Alles in allem scheinen die Projektionen, die das Verfahren der EU-Kommission verwenden oder sich eng an dieses anlehnen, höhere Wachstumsraten des Produktionspotenzials und damit kleinere Produktionslücken auszuweisen als die OECD, der IWF und der Sachverständigenrat, deren Ansätze sich stärker vom EU-Verfahren unterscheiden.

Mittelfristprojektion bis 2022

Vergleich der Schätzungen des Potenzialwachstums und der Produktionslücke						
	RWI	EU-Kom	BuReg	OECD	IWF	SVR
	Dez. 2017	Nov. 2017	Okt. 2017	Nov. 2017	Nov. 2017	Nov. 2017
Wachstum des Produktionspotenzials						
2016	1,8	1,9	1,7	1,3	1,6	1,5
2017	2,0	1,9	1,8	1,3	1,7	1,4
2018	1,9	1,9	1,6	1,4	1,6	1,4
2019	1,7	1,9	1,6	1,4	1,4	1,3
Produktionslücke						
2016	0,4	-0,2	0,1	1,1	0,4	0,1
2017	0,6	0,0	0,3	2,3	0,8	0,6
2018	1,0	0,2	0,7	3,3	1,0	1,4
2019	1,2	0,3	0,7	3,8	1,0	n. v.
<i>Quellen: EU-Kommission (2017), SVR (2017), OECD (2017), IWF (2017), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017). SVR: Zitiert nach unabhängiger Beirat beim Stabilitätsrat (2017). – n.v.: nicht verfügbar.</i>						
<p><i>Neben methodischen Unterschieden können Differenzen in den Potenzialwachstumsraten und den Produktionslücken auch aus abweichenden Kurzfristprognosen resultieren. Bei der Methode der EU-Kommission, die wie beschrieben mit Modifikationen auch von uns, der Bundesregierung und dem Sachverständigenrat angewendet wird, schlagen sich bessere Konjunkturaussichten in einem höheren Produktionspotenzial nieder. In einer Alternativrechnung wurde für die Jahren 2017 bis 2019 jeweils ein Anstieg des BIP um 1,5% unterstellen. Daraus errechneten sich Potenzialwachstumsraten, die in diesen drei Jahren jeweils um rund 0,3%-Punkte unter denen lagen, die sich bei der hier eingestellten Kurzfristprognose ergaben. Ein positiver Zusammenhang zwischen kurzfristiger Wirtschaftsentwicklung und Produktionspotenzials lässt sich beim EU-Verfahren kaum vermeiden, so lange der laufende Konjunkturzyklus nicht abgeschlossen ist. Man befindet sich hier in einem Konflikt: Mit Blick auf die Ableitung struktureller Budgetsalden ist es sachgerecht, wenn bessere Konjunkturaussichten sich auch in einem höheren Produktionspotenzial niederschlagen. Problematisch ist allerdings, wenn die in der Zukunft bessere Konjunktur zu einer veränderten Einschätzung der Produktionslücken in der Vergangenheit führt.</i></p> <p><i>a Einen Überblick über die Verfahren geben SVR (2017), Breuer und Elstner (2017), Giorno et al. (1995), Boffy et al. (2006) und De Masi (1997)</i></p>						

Welthandels einher. In den USA dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion in diesem und im kommenden Jahr zudem durch die beschlossene Steuersenkung für Unternehmen verstärkt werden.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung ist auch in den Schwellenländern deutlich spürbar. Während in China und Indien das zuletzt erreichte Expansionstempo wohl beibehalten wird, dürfte sich die Konjunktur insbesondere in den großen Ländern

Lateinamerikas in der kurzen Frist weiter verstärken. Da die Rohstoffnachfrage, insbesondere aus den großen Schwellenländern voraussichtlich hoch bleibt, dürfte auch das BIP in den rohstoffexportierenden Ländern spürbar zulegen.

Für den weiteren Prognoseverlauf zeichnet sich eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos ab. In den die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die bereits eine hohe Kapazitätsauslastung aufweisen, ist mit einer Verstärkung des Preisdrucks zu rechnen, auf den die Notenbanken reagieren werden. Zinsschritte sind zunächst vor allem für USA zu erwarten, was das gesamtwirtschaftliche Expansions-tempo dort dämpfen dürfte, zumal dann auch der expansive Impuls der Steuerreform ausläuft. Insgesamt ist bis 2022 mit einer durchschnittlichen Ausweitung des BIP der USA um 2% pro Jahr zu rechnen. Für den Euro-Raum ist in der mittleren Frist – wie in Abschnitt 3 beschrieben – ein Ausstieg aus der sehr expansiven Geldpolitik zu erwarten. Die nachlassenden monetären Impulse dürften dann zu einer allmählichen Angleichung von tatsächlicher und potenzieller Produktion beitragen. Der Zuwachs des BIP bis 2022 dürfte auch hier im Jahresdurchschnitt bei 2% liegen.

Die damit sowohl für die USA wie für den Euro-Raum unterstellte „weiche Landung“ ist allerdings nicht einfach zu erreichen, wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen. Vor allem wenn die Inflationsraten deutlich über die Zielwerte der Notenbanken steigen sollten, ist mit einer stärkeren Zinsanhebung und damit einer stärkeren Dämpfung der Konjunktur zu rechnen (Dudley 2018).

In Japan ist auch in der mittleren Frist keine Abkehr vom derzeitigen geldpolitischen Kurs zu erwarten. Das BIP dürfte bis 2022 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1% leicht oberhalb der Zuwachsrate des Produktionspotenzials liegen. In China setzt sich über den gesamten Zeitraum die Verlangsamung der BIP-Ausweitung fort. Im Jahresdurchschnitt sind Zuwachsraten von 6,5% zu erwarten.

Angesichts dieser internationalen Rahmenbedingungen und auf Basis der in unserer Kurzfristprognose vom Dezember 2017 vorgenommenen Setzungen legen wir für die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁵ in Deutschland die folgenden Annahmen zugrunde:

- fi Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar beträgt ab dem vierten Quartal 2017 1,17 \$/€; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bleibt damit im gesamten Projektionszeitraum unverändert hoch.
- fi Der Ölpreis der Sorte Brent wird sich im Projektionszeitraum ausgehend von dem Anfang Dezember 2017 erreichten Niveau von rund 63 \$ je Fass mit einer

5 Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der kurzen Frist vergleiche Döhrn et al 2017.

Mittelfristprojektion bis 2022

Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt.

- fi** Der Welthandel mit Waren (CPB) dürfte in den Jahren 2018 und 2019 um 4,0 bzw. 4,8% zunehmen; von 2020 bis 2022 dürfte er mit 4,4% je Jahr in etwa gleichem Tempo expandieren wie in der kurzen Frist.

3. Geldpolitik noch sehr expansiv und Finanzpolitik unter Status-Quo-Bedingungen konjunkturneutral ausgerichtet

Die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihr erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten von Januar bis mindestens September 2018 mit einem von 60 auf 30 Mrd. € je Monat reduzierten Volumen fortsetzen, damit die Inflationsentwicklung im Euro-Raum Dynamik gewinnt und sich dem von der EZB angestrebten Inflationsziel von knapp unter, aber nahe bei 2 % annähert. Das Ankaufprogramm will der EZB-Rat erforderlichenfalls so lange verlängern, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsraten erkennbar ist, die mit ihrem Inflationsziel im Einklang steht. Die Leitzinsen wird die EZB vorerst auf ihren historisch niedrigen Niveaus belassen. Die Zinssätze für den Haupt- und den Spitzenrefinanzierungssatz liegen derzeit bei 0% bzw. 0,25%, der Einlagesatz beträgt -0,4%.

Der Preisanstieg im Euro-Raum lag im Dezember 2017 mit 1,4% zwar um 0,9 Prozentpunkte höher als im Vorjahr, doch war er damit noch nicht beim Inflationsziel der EZB verankert. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums, wenn sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum festigen und der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten weiter steigen werden, dürfte der Preisdruck aber zunehmen, so dass die EZB den monetären Expansionsgrad allmählich reduzieren kann. Wir rechnen damit, dass sie ihr Wertpapierankaufprogramm gegen Ende des laufenden Jahres einstellen wird. Die Leitzinsen werden zunächst wohl noch auf dem historisch niedrigen Niveau bleiben; die EZB dürfte sie erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres erhöhen. Trotz der leichten Straffung in der mittleren Frist bleibt die Geldpolitik für Deutschland – gemessen am Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft – expansiv ausgerichtet und sorgt damit trotz der verhalten anziehenden Nominalzinsen für sehr günstige Finanzierungsbedingungen.

Die Finanzpolitik in Deutschland wird in den kommenden Jahren, legt man die bereits beschlossenen Maßnahmen und die verfassungsrechtlich gebotene steuerliche Freistellung des Existenzminimums zugrunde, annähernd konjunkturneutral ausgerichtet sein. Dies ist indes mit Unsicherheit behaftet, da derzeit noch offen ist, wie die künftige Bundesregierung die sich bei konjunkturneutral ausgerichteter Finanzpolitik abzeichnenden hohen strukturellen Budgetüberschüsse, die sich in Relation zum BIP

immerhin auf 0,9% im Jahr 2018 und auf 0,8% im Jahr 2019 belaufen dürften (Döhrn et al. 2017), verwenden wird. Auch wenn diese Überschüsse teilweise aus den äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen resultieren und damit zum Teil nur temporärer Natur sind, muss wohl damit gerechnet werden, dass die künftige Bundesregierung die budgetären Handlungsspielräume in den kommenden Jahren zum Teil dazu nutzen wird, um die Steuer- und Abgabenbelastung zu senken, die Investitionen aufzustoßen oder die Sozialausgaben auszuweiten.⁶ Die Finanzpolitik wäre dann expansiv ausgerichtet und würde damit bei überausgelasteten Produktionskapazitäten prozyklisch wirken.

4. Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2022: Produktionslücke in Deutschland deutlich positiv

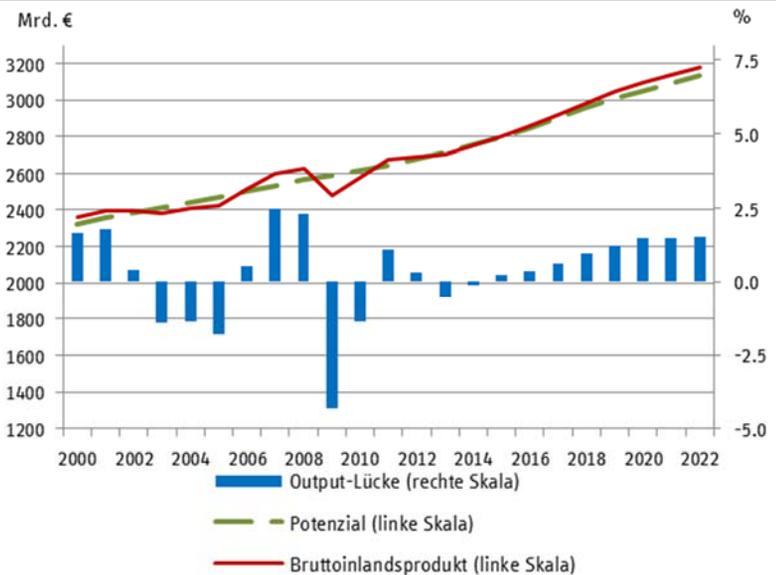
In der mittleren Frist dürfte sich der Aufschwung in Deutschland zwar fortsetzen, doch dürfte die Wirtschaftsleistung weniger schwungvoll expandieren als derzeit. Auch die derzeit recht hohen Zuwächse des Produktionspotenzials werden sich in den kommenden Jahren wohl verringern. Gegen Ende des Projektionszeitraums dürften sowohl das Produktionspotenzial als auch die tatsächliche Produktion mit Raten von 1,4% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Die positive Lücke zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Produktionspotenzial dürfte in den kommenden Jahren zunächst noch steigen und sich gegen Ende der mittleren Frist bei etwa 1,5% des Produktionspotenzials einpendeln. Mit derart hoch ausgelasteten Kapazitäten befindet sich die deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Hochkonjunktur, auch wenn die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten in den zurückliegenden konjunkturellen Hochphasen noch deutlich stärker ausfiel. So belief die Produktionslücke nach der dieser Prognose zugrundeliegenden Potenzialschätzung in den Jahren 2000 und 2001 auf 1,7 bzw. 1,8% des Produktionspotenzials und in den Jahren 2007 und 2008 sogar auf 2,5 bzw. 2,3%. Allerdings liefert das EU-Verfahren gemessen an anderen Ansätzen in der gegenwärtigen Situation ein vergleichsweise hohes Potenzialwachstum, so dass sich die Anspannung der Kapazitäten im Nachhinein als höher herausstellen könnte (Kasten).

Die Expansion wird auch in der mittleren Frist vor allem von der Binnennachfrage getragen. So wird der private Konsum wohl weiterhin kräftig zunehmen, da die Beschäftigung weiter ausgeweitet wird und die Löhne angesichts der zunehmenden

⁶ Zu den sich aus bei einer annähernd konjunkturneutralen finanzpolitischen Ausrichtung dauerhaft ergebenden budgetären Handlungsspielräumen und den damit verbundenen finanzpolitischen Handlungsoptionen vgl. Gebhardt (2017).

Mittelfristprojektion bis 2022

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke
2000 bis 2022



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; 2017-2022: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Knappheiten am Arbeitsmarkt stärker als bislang angehoben werden. Von den günstigen Einkommensperspektiven profitieren auch die Bauinvestitionen, zumal die Finanzierungsbedingungen mittelfristig günstig bleiben. Schließlich dürfte auch die Investitionstätigkeit stärker als bislang zulegen, da die Unternehmen aufgrund der inzwischen hohen Kapazitätsauslastung vermehrt Erweiterungsinvestitionen tätigen.

Im weiteren Verlauf dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion aber an Schwung verlieren, da sich das weltwirtschaftliche Expansionstempo mittelfristig wohl verlangsamt und die EZB den monetären Expansionsgrad – wie dargestellt – allmählich reduzieren dürfte. Bereits vorher dürften die Kapitalmarktzinsen steigen. Dazu trägt zum einen die Straffung der Geldpolitik in den USA bei, zum anderen dürften sie bereits auf die Ankündigung einer geldpolitischen Wende reagieren. Dies dürfte vor allem die Investitionsnachfrage, nicht zuletzt im Bausektor, in Deutschland dämpfen. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung dürften auch die Verbraucherpreise in der mittleren Frist etwas stärker anziehen. Dies belastet die real verfügbaren Einkommen, da ein deutlich stärkerer Anstieg der Löhne nicht zu erwarten ist.

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

Die recht deutliche Überauslastung der Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft birgt dann konjunkturelle Risiken, wenn neben der Geldpolitik auch noch die Finanzpolitik in den kommenden Jahren – anders als in dieser Projektion unterstellt – expansiv ausgerichtet werden sollte. Dies würde der Konjunktur zwar Impulse verleihen, doch würde die Überauslastung des Produktionspotenzials und damit das Risiko einer Überhitzung zunehmen, so dass gegebenenfalls sogar Stabilitätsrisiken drohen. Eine Stärkung konsumtiver Staatsausgaben ist angesichts der kräftigen Konjunktur nicht angemessen, die Finanzpolitik sollte vielmehr zur Stärkung der Wachstumskräfte das Steuersystem wachstumsfreundlicher gestalten, die Lohnnebenkosten begrenzen und die investiven Staatsausgaben aufstocken und für eine wachstumsgerechte Finanzierung der damit verbundenen Haushaltsbelastungen sorgen, am besten durch Ausschöpfung der bei Subventionen bestehenden Einsparpotenziale.

Tabelle 2

Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

2010 bis 2022

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2010	2016	2022	2010 bis 2016	2016 bis 2022
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	41,0	43,6	45,4	1,0	3/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	36,5	39,3	41,1	1,2	3/4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1 390	1 359	1 351	-0,4	0
Arbeitsvolumen, in Mill. h	57 013	59 286	61 375	0,7	1/2
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2010=100	100,0	104,0	111,3	0,7	1 1/4
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2010=100	100,0	106,4	114,5	1,0	1 1/4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	2 580,1	2 855,4	3 181,5	1,7	1 3/4
Deflator des BIP, 2010=100	100,0	110,1	122,4	1,6	1 3/4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	2 580,1	3 144,1	3 894,9	3,4	3 3/4
Private Konsumausgaben	1 446,3	1 674,4	2 033,3	2,5	3 1/4
Konsumausgaben des Staates	493,3	615,4	760,7	3,7	3 1/2
Bruttoanlageinvestitionen	501,4	630,0	833,2	3,9	4 3/4
Vorratsinvestitionen	4,9	-26,4	-26,3	-	-
Außenbeitrag	134,1	250,6	294,0	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in % des BIP	5,2	8,0	7,5	-	-

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; Zeitraum 2022/2016: eigene Prognose. – ¹ Im Prognosezeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

Mittelfristprojektion bis 2022

Literatur

- Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2020: Günstige Perspektiven für ein solides Wachstum. RWI Konjunkturberichte 67 (1): 111-123.
- Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2017), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2021: Anhaltende Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland. RWI Konjunkturberichte 68 (2): 17-34.
- Beffy, P.-O., P. Ollivaud, P. Richardson and F. Sédillot (2006), New OECD Methods for Supply-side and Medium-term Assessments: A Capital Services Approach. OECD Economics Department Working Papers No. 482, Paris.
- Blagrove, P., R. Garcia-Saltos, D. Laxton and F. Zhang (2015), A Simple Multivariate Filter for Estimating Potential Output. IMF Working Paper WP/15/79. Washington, D.C.
- Breuer, S. und S. Elstner (2017), Die Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – Die Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates, SVR Arbeitspapier 07/2017.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017), Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten. Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung. Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 11.10.2017.
- De Masi, P. R. (1997), IMF Estimates of Potential Output: Theory and Practice. IMF Working Paper 97/177. Washington, D.C.
- Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin, T. Schmidt und L. Zwick (2017), Aufschwung bleibt kräftig – Kapazitäten zunehmend ausgelastet. RWI Konjunkturberichte 68 (4): 5-21.
- Dudley, W.C. (2018), The Outlook for the U.S. Economy in 2018 and Beyond, <https://www.newyorkfed.org/newsevents/speeches/2018/dud180111>
- Gebhardt, H. (2017), Die finanzwirtschaftliche Ausgangslage für die neue Legislaturperiode. RWI Konjunkturberichte 68 (3): 67-82.
- Giorno, C., P. Richardson, D. Roseveare and P. van den Noord (1995), Estimating Potential Output, Output Gaps and Structural Budget Balances. OECD Economics Department Working Papers No. 152, Paris.
- Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. Thum-Thysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. European Economy, Economic Papers 535, Brüssel.
- IWF (2017), World Economic Outlook Database. October 2017. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2017/02/weodata/index.aspx>
- OECD (2017), OECD Economic Outlook No 102, Dataset.
- Statistisches Bundesamt (2017a), Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Vorausberechnung. Aktualisierte Rechnung auf Basis von 2015. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungBundeslaender2060_Aktualisiert_5124207179005.xlsx?__blob=publication

File. Download am 10.6.2017.

Statistisches Bundesamt (2017b), Bevölkerung in Deutschland voraussichtlich auf 82,8 Millionen gestiegen. Pressemitteilung vom 27.01.2017, Nr. 33/17.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2017), Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2017/18. Wiesbaden.

Unabhängiger Beirat beim Stabilitätsrat (2017), Achte Stellungnahme zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG vom 11. Dezember 2017.

http://www.stabilitaetsrat.de/DE/Beirat/Dokumente/Dokumente_node.html. Download am 20.12.2017.

Mittelfristprojektion bis 2022

Rüdiger Budde, Martin Micheli

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2018: Entspannung am Häusermarkt, gestiegenes Blasenrisiko am Wohnungsmarkt¹

Zusammenfassung: Mit diesem Beitrag untersucht das RWI nunmehr zum vierten Mal die Preisentwicklung deutscher Wohnimmobilien auf nicht nachhaltige Entwicklungen. Da Einkommensperspektiven eine zentrale Determinante von Immobilienpreisen darstellen, analysieren wir die Preisentwicklung auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen. Obgleich Immobilienpreise in den vergangenen Monaten weiter deutlich angezogen haben, kann basierend auf einem Zeitreihenansatz kein Aufblähen einer deutschlandweiten Immobilienpreisblase festgestellt werden. Lediglich für einzelne Regionen gibt es Anzeichen einer nicht nachhaltigen Entwicklung. Gegenüber dem vorhergehenden Monitoring regionaler Immobilienpreise hat sich die Lage auf dem Häusermarkt etwas entspannt, während für Wohnungen die Zahl der Regionen mit Hinweisen auf problematische Preisentwicklungen zugenommen hat.

Abstract: This paper is the fourth monitoring of the sustainability of German residential real estate prices. Income perspectives are an important driver of property prices. We therefore analyze the price process on the level of labor markets regions and use a time series approach to identify unsustainable developments. Despite substantial price increases in recent months, we do not find evidence for a countrywide price bubble. In comparison to the previous monitoring of regional real estate prices, evidence for price bubbles in regional markets for family homes has decreased. For apartment prices, the number of regions with indications of unsustainable developments has increased.

¹ Abgeschlossen am 14.2.2018. Wir danken Roland Döhrn für hilfreiche Hinweise und kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen und Immobilienscout24 für die Bereitstellung der Daten. Korrespondenzadresse: martin.micheli@rwi-essen.de.

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

Seit dem Jahr 2010 boomt in Deutschland der Markt für Wohnimmobilien. Hierauf deutet ein ganzer Strauß von Indikatoren hin. So sind seit 2010 die Baugenehmigungen für neue Wohnungen deutlich gestiegen und die Auftragseingänge im Wohnungsbau haben rasant zugelegt. All dies resultierte in einem deutlichen Anstieg der Produktion im Hochbau. Trotz dieser Ausweitung des Angebotes haben auch die Immobilienpreise seit 2010 deutlich zugelegt. So verteuerten sich Wohnimmobilien zwischen 2010 und 2016 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich um knapp 4% pro Jahr.

Aktuell hat sich der Auftrieb der Preise für den Erwerb von Wohnimmobilien kaum abgeschwächt. Sie lagen im dritten Quartal 2017 nach Angaben des auf Transaktionen beruhenden Immobilienpreisindex des Statistischen Bundesamtes um 3,6% über dem Vorjahreswert. Andere Preisindikatoren weisen, etwa aufgrund einer differierenden Datenbasis und einer damit verbundenen differierenden hedonischen Preisfunktion, auf einen zuletzt noch deutlich stärkeren Anstieg hin. So verteuerten sich Wohnimmobilien nach Angaben des Verbandes Deutscher Pfandbriefbanken (vdp-Immobilienpreisindex) im dritten Quartal sogar um knapp 8% im Vorjahresvergleich. Der EPX Hedonic zeigt für den Jahresverlauf einen Anstieg der Preise für Wohnimmobilien um knapp 5% an, der IMX von Immobilienscout24 weist auf einen Anstieg im Jahresverlauf um reichlich 7% (Häuser) bzw. 12½% (Wohnungen) hin.

Bei alledem zeigen sich jedoch weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Regionen. So deutet der IMX darauf hin, dass in den vergangenen Monaten insbesondere die Preise in Großstädten überproportional zugelegten. Starke Preissteigerungen dürfen allerdings nicht mit dem Entstehen einer Immobilienblase gleichgesetzt werden. Diese können auch verbesserte fundamentale Faktoren widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund veröffentlicht das RWI regelmäßig ein Monitoring regionaler Immobilienpreise. Der vorliegende vierte Bericht verwendet die gleiche Methodik wie die früheren Studien (Budde und Micheli 2013, 2014, 2016). Der Analyse zugrunde liegt ein Immobiliendatensatz, der neben Informationen zu den Angebotspreisen auch Angaben zu Charakteristika der angebotenen Objekte wie Größe, Baujahr und Ausstattung enthält. Dies erlaubt es, Preisveränderungen um den Einfluss der Objektqualität zu bereinigen. Die Daten wurden von Immobilienscout24 erhoben und enthalten Angaben für den Zeitraum von Januar 2007 bis Oktober 2017.² Aufgrund des Zusammenhangs zwischen Haushaltseinkommen und den möglichen Ausgaben

² Die Beschreibung eines früheren Datensatzes sowie des hedonischen Verfahrens zur Kontrolle für differierende Objektqualität der Immobilien findet sich in *an de Meulen et al. (2014)*.

für Wohnraum untersuchen wir die Immobilienpreise auf der Ebene der Arbeitsmarktregionen. Wir bedienen uns dabei der Abgrenzung von Kosfeld und Werner (2012).

Bereinigt um Veränderungen der Objektqualität haben die Preise für Wohnimmobilien zwischen Oktober 2016 und Oktober 2017 erneut spürbar angezogen. Besonders bei Wohnungen haben sich die Preissteigerungen im Vergleich zum vergangenen Monitoring regionaler Immobilienpreise nochmals beschleunigt. Damit verteuerten sich Wohnungen (Schaubild 1) weiterhin deutlich stärker als Häuser (Schaubild 2).³

Insbesondere in Berlin und den angrenzenden Arbeitsmarktregionen haben die Preise dabei stark angezogen. Dies gilt sowohl für die zum Verkauf angebotenen Wohnungen als auch für Häuser. Aber auch in Süddeutschland sind zum Teil erhebliche Preissteigerungen zu beobachten. So haben sich in Baden-Württemberg insbesondere Wohnungen verteuert. Im Süden Bayerns legten insbesondere die Häuserpreise zu.

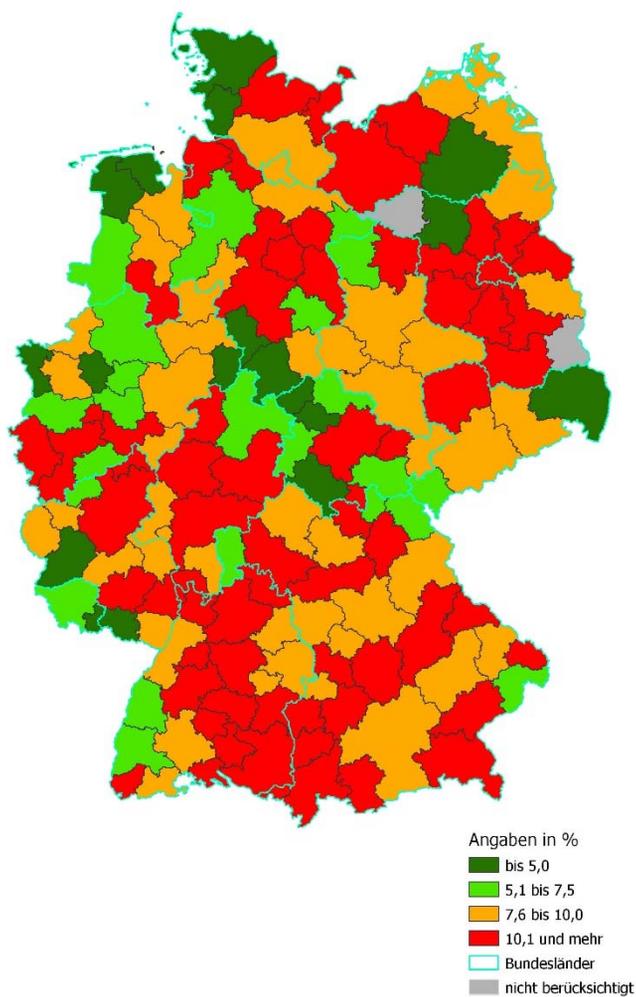
Ein starker Preisanstieg deutet jedoch nicht notwendigerweise auch auf nicht nachhaltige Entwicklungen und somit auf das Aufblähen einer Preisblase hin. Dies wäre erst dann gegeben, wenn sich Preise von sie fundamental bestimmenden Faktoren abkoppeln. Im Hinblick darauf soll im Folgenden die Preisentwicklung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen untersucht werden. Der Analyse zugrunde liegt die Idee, dass Immobilienpreise sich aufgrund von persistenten fundamentalen Faktoren bilden und sich daher gut mit der historischen Preisentwicklung erklären lassen. Sollten sich die Preise jedoch von diesen fundamentalen Faktoren abkoppeln und unbegründet ein Anstieg der Immobilienpreise erwartet werden, ändert sich der zugrunde liegende Preisprozess. Ein durch die Erwartung steigender Preise getriebener Immobilienpreis führt dazu, dass sich die Preise mehr und mehr von ihren vergangenen Trends abkoppeln, dass es also zu einem explosiven Preisprozess kommt. Ob ein solcher vorliegt, kann mittels ökonomischer Methoden getestet werden. Ein explosiver Preisprozess wäre ein starker Hinweis auf spekulative Übertreibungen am Immobilienmarkt.

Wir folgen hier – wie in unserem früheren Monitoring regionaler Immobilienpreise – der bei an de Meulen/Micheli (2013) beschriebenen Methode und untersuchen den Preisprozess der Immobilienpreisindizes auf Ebene der Arbeitsmarktregionen.

³ Die um Qualitätsunterschiede bereinigten Preisindizes auf der regionalen Ebene der Arbeitsmarktregionen für Wohnungen und Häuser stehen im Internet unter der Adresse: http://fdz.rwi-essen.de/regionale_daten.html zum Download zur Verfügung.

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

Schaubild 1
Veränderung der Preise für Eigentumswohnungen
Oktober 2016 bis Oktober 2017, in %

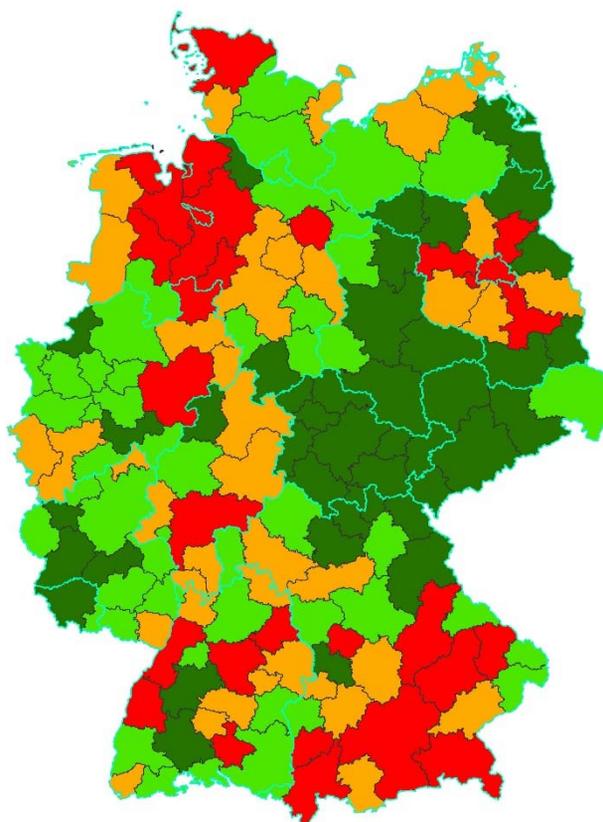


Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24. Ausgewiesen sind nur Arbeitsmarktreionen mit mindestens 1900 Beobachtungen und ohne Inkonsistenzen im Erhebungsmaterial.

Schaubild 2

Veränderung der Häuserpreise

Oktober 2016 bis Oktober 2017, in %



Angaben in %

≤5,0

5,1 bis 7,5

7,6 bis 10,0

10,1 und mehr

Bundesländer

Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24.

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

Dabei bedienen wir uns eines Einheitswurzeltests nach Busetti und Taylor (2004) und der Teststatistik nach Homm und Breitung (2012). Getestet wird, ob der Preisprozess in den vergangenen zehn Jahren, d.h. zwischen November 2007 und Oktober 2017, eine Einheitswurzel bzw. explosives Verhalten aufweist. Um die allgemeine Preisentwicklung zu berücksichtigen, werden die Preisindizes mit dem Verbraucherpreisindex deflationiert. Da reale Immobilienpreise einen Trend aufweisen können, wird zudem eine Trendbereinigung durchgeführt.

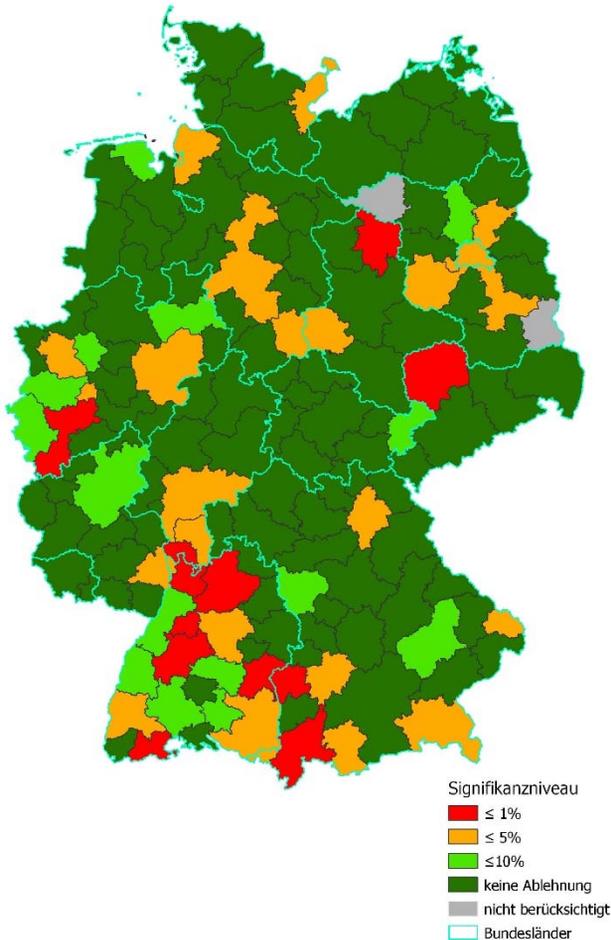
Für Wohnungen können, trotz der vielerorts massiven Preissteigerungen in den vergangenen Monaten, keine flächendeckend übertriebenen Preiserwartungen diagnostiziert werden (Schaubild 3). In der deutlich überwiegenden Zahl der Arbeitsmarktregionen finden sich keinerlei Hinweise auf einen explosiven Preisprozess. In einzelnen Regionen muss die Hypothese eines stationären Preisprozesses jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit verworfen werden, was auf die Gefahr einer nicht nachhaltigen Preisentwicklung hinweist. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsmarktregion Köln sowie einigen Regionen in Baden-Württemberg. In Ostdeutschland gibt es insbesondere für die Arbeitsmarktregion Leipzig Anzeichen auf eine Überhitzung.

Auch für den Häusermarkt deuten die Tests nicht auf allgemein übertriebene Preiserwartungen hin. Allerdings gibt es auch hier für einzelne Arbeitsmarktregionen Hinweise auf spekulative Übertreibungen (Schaubild 4). Insbesondere im Norden Deutschlands, etwa in Hannover, lässt sich eine Überhitzung mit hoher Wahrscheinlichkeit diagnostizieren. Aber auch in Köln und Frankfurt gibt es Anzeichen für übersteigerte Preiseerwartungen bei Wohnhäusern.

Ungeachtet dessen, dass nach wie vor die Zahl der Regionen überwiegt, bei denen kein Verdacht auf eine nicht nachhaltige Entwicklung am Immobilienmarkt vorliegt, haben sich im Vergleich zu dem Monitoring zur Jahresmitte 2016 (Budde und Micheli, 2016) die Hinweise auf nicht nachhaltige Entwicklungen auf dem Markt für Wohnungen etwas verdichtet (Tabelle 1). Hier hat die Zahl der Arbeitsmarktregionen zugenommen, für die Hinweise auf nicht nachhaltige Entwicklungen gefunden wurden. Insgesamt verdichteten sich die Hinweise in 39 Arbeitsmarktregionen. Dem standen nur neun Arbeitsmarktregionen gegenüber, für die sich solche Hinweise abgeschwächt haben. Dabei stieg die Zahl der Arbeitsmarktregionen mit starken Hinweisen auf einen explosiven Preisprozess von drei auf zehn. Für 20 Arbeitsmarktregionen muss die Hypothese eines nicht explosiven Preisprozesses mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 5% verworfen werden.

Bei den Angeboten für Häuser deutet sich hingegen eine leichte Entspannung an. Für 24 Arbeitsmarktregionen verdichteten sich die Hinweisen auf nicht nachhaltige Entwicklungen im Vergleich zum Monitoring des Jahres 2016. Dem gegenüber standen

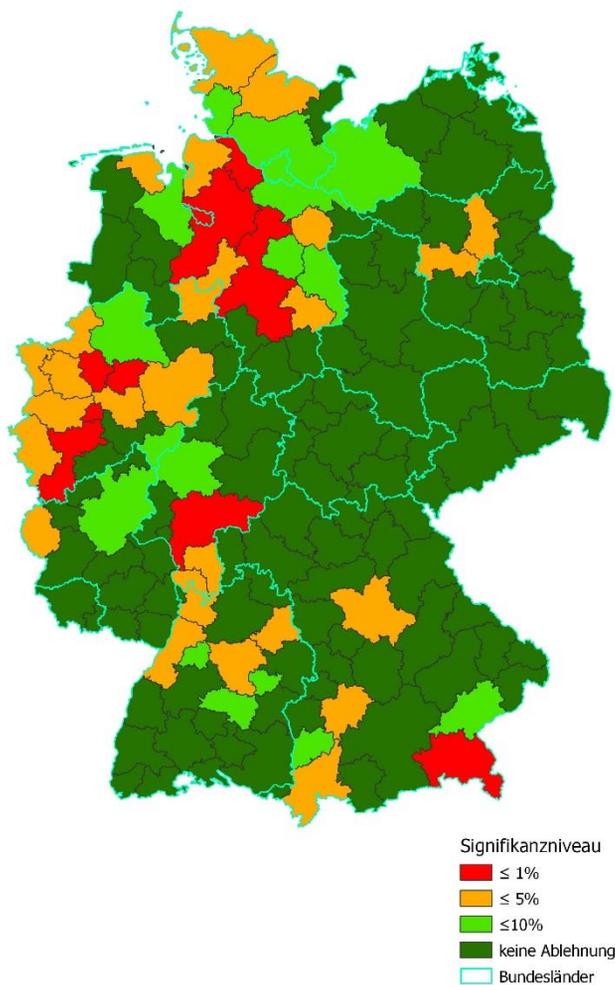
Schaubild 3
Test auf Explosivität des Preisprozesses für Wohnungen
Oktober 2007 bis Oktober 2017



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24 und Destatis. Ausgewiesen sind nur Arbeitsmarktregionen mit mindestens 1900 Beobachtungen und ohne Inkonsistenzen im Erhebungsmaterial. Die Signifikanzniveaus entsprechen denjenigen, auf dem die Nullhypothese eines Einheitswurzelprozesses zugunsten der Alternativhypothese, eines Übergangs in einen explosiven Prozess, verworfen werden muss.

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

Schaubild 4
Test auf Explosivität des Preisprozesses für Häuser
Oktober 2007 bis Oktober 2017



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24 und Destatis. Die Signifikanzniveaus entsprechen denjenigen, auf dem die Nullhypothese eines Einheitswurzelprozesses zugunsten der Alternativhypothese, eines Übergangs in einen explosiven Prozess, verworfen werden muss.

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

Tabelle 1

Vergleich der räumlichen Signifikanzniveaus in den betrachteten Arbeitsmärkten 2016 und 2017; Anzahl der Arbeitsmarktregionen

Angebotspreise beim Hauskauf						
April 2016						
	<=1%	<=5%	<=10%	keine Signifikanz	nicht be- rücksichtigt	Insgesamt
Oktober 2017	<=1%	4	0	1	4	9
	<=5%	5	6	2	12	25
	<=10%	6	1	3	5	15
	keine Signifikanz nicht berücksichtigt	6	7	6	73	92
	Insgesamt	21	14	12	94	141
Angebotspreise beim Wohnungskauf						
April 2016						
	<=1%	<=5%	<=10%	keine Signifikanz	nicht be- rücksichtigt	Insgesamt
Oktober 2017	<=1%	1	2	1	6	0
	<=5%	2	2	5	11	0
	<=10%	0	1	0	14	0
	keine Signifikanz nicht berücksichtigt	0	3	3	88	0
	Insgesamt	3	8	9	120	1

Geringere Wahrscheinlichkeit einer nicht nachhaltigen Entwicklung
 Gestiegene Wahrscheinlichkeit einer nicht nachhaltigen Entwicklung

Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24 und Destatis.

jedoch 32 Arbeitsmarktregionen, für die nicht nachhaltige Entwicklungen nun für weniger wahrscheinlich erachtet werden als im vorhergehenden Monitoring. Für nur neun Arbeitsmarktregionen werden übersteigerte Preiserwartungen mit hoher Wahrscheinlichkeit diagnostiziert, im Vergleich zu noch 21 Arbeitsmarktregionen im Monitoring des vergangenen Jahres.

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

Insgesamt kann konstatiert werden, dass der Aufwärtstrend bei den Preisen für Wohnimmobilien in Deutschland ungebrochen ist. Auch nach Bereinigung um Veränderungen in der Objektqualität der angebotenen Immobilien haben sich insbesondere Wohnungen zuletzt deutlich verteuert. Eine Analyse der Preisprozesse in den Arbeitsmarktreionen mittels ökonomischer Methoden zeigt jedoch, dass die Preissteigerungen nur in geringem Maße als nicht nachhaltig diagnostiziert werden müssen. Auf dem Markt für Wohnungen haben sich die Hinweise auf übersteigerte Preiserwartungen dabei verdichtet. Für Wohnhäuser hingegen haben die Hinweise etwas abgenommen. Vor diesem Hintergrund dieses uneinheitlichen Befundes bleibt ein sorgfältiges Monitoring der Immobilienpreise in Deutschland weiter angeraten.

Literatur

- Bauer, T. K., S. Feuerschütte, M. Kiefer, P. an de Meulen, M. Micheli, T. Schmidt und L. Wilke (2013), Ein hedonischer Immobilienpreisindex auf Basis von Internetdaten: 2007–2011. *ASTA – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 7 (1): 5-30.
- Budde, R. und M. Micheli (2013), Monitoring regionaler Immobilienpreise. *RWI Konjunkturberichte* 64 (4): 31-43.
- Budde, R. und M. Micheli (2014), Monitoring regionaler Immobilienpreise 2014: Preisaufrtrieb auf breiter Front – aber geringe Gefahr von Blasen. *RWI Konjunkturberichte* 65 (4): 31-44.
- Budde, R. und M. Micheli (2016), Monitoring regionaler Immobilienpreise 2016: Gefahr einer Überhitzung am Häusermarkt gestiegen. *RWI Konjunkturberichte* 67 (2): 17-30.
- Busetti, F., und A. M. Taylor (2004). Tests of stationarity against a change in persistence. *Journal of Econometrics* 123(1): 33-66.
- Deutsche Bundesbank (2016), Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland im Jahr 2015, Monatsbericht Februar 2016: 53-56
- Homm, U. und J. Breitung (2012). Testing for speculative bubbles in stock markets: a comparison of alternative methods, *Journal of Financial Econometrics* 10(1): 198-231.
- Kosfeld, R., A. Werner (2012), Deutsche Arbeitsmarktreionen – Neuabgrenzung nach den Kreisgebietsreformen 2007–2011, *Raumforschung und Raumordnung* 70: 49–64.
- an de Meulen, P., und M. Micheli (2013). Droht eine Immobilienpreisblase in Deutschland? *Wirtschaftsdienst* 93(8): 539-544.
- an de Meulen, P., M. Micheli und S. Schaffner (2014), Documentation of German Real Estate Market Data - Sample of Real Estate Advertisements on the Internet Platform ImmobilienScout24. RWI Materialien 80. Essen: RWI.

Tabelle 2

Immobilienpreisentwicklung nach Arbeitsmarktregionen

ID	Arbeitsmarktregion	Wohnhäuser		Wohnungen	
		Okt 2016 – Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten	Okt 2016 – Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten
30	Aachen	8.3	5%	13.7	10%
50	Altenkirchen	9.0	insignifikant	27.4	insignifikant
81	Altötting	12.8	10%	15.3	insignifikant
89	Amberg	2.1	insignifikant	9.7	insignifikant
98	Ansbach	15.0	insignifikant	28.3	10%
100	Aschaffenburg	7.9	insignifikant	10.6	insignifikant
103	Augsburg	15.8	5%	15.3	5%
51	Bad Kreuznach	2.6	insignifikant	10.2	insignifikant
91	Bamberg	11.4	insignifikant	13.0	insignifikant
128	Bautzen	17.7	insignifikant	11.1	insignifikant
92	Bayreuth	9.6	insignifikant	-6.4	5%
109	Berlin	9.2	insignifikant	14.9	5%
34	Bielefeld	15.2	insignifikant	15.1	10%
52	Bitburg	18.9	5%	4.9	insignifikant
60	Böblingen	10.1	insignifikant	17.9	1%
37	Bochum	10.8	1%	8.2	10%
28	Bonn	6.4	insignifikant	6.0	insignifikant
33	Borken	12.1	5%	12.7	insignifikant
6	Braunschweig	12.8	5%	9.0	insignifikant
22	Bremen	12.2	1%	10.5	insignifikant
23	Bremerhaven	14.2	5%	19.3	5%
12	Celle	8.9	10%	11.5	insignifikant
88	Cham	4.7	insignifikant	31.4	insignifikant
126	Chemnitz	12.0	insignifikant	10.7	insignifikant
93	Coburg	13.6	insignifikant	17.3	insignifikant
118	Cottbus	-3.2	insignifikant		
42	Darmstadt	10.5	5%	14.1	5%
84	Deggendorf	12.1	insignifikant	13.0	insignifikant
130	Dessau-Roßlau	0.7	insignifikant	2.1	insignifikant
3	Dithmarschen	10.6	10%	14.0	insignifikant
105	Donau-Ries	8.1	insignifikant	9.8	insignifikant
38	Dortmund	10.9	1%	8.5	insignifikant
127	Dresden	7.8	insignifikant	9.4	insignifikant
24	Düsseldorf	8.5	5%	10.0	10%
138	Eisenach	0.2	insignifikant	15.0	insignifikant
111	Elbe-Elster	2.3	insignifikant	20.3	insignifikant
16	Emden	10.3	insignifikant	9.6	insignifikant

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

ID	Arbeitsmarktregion	Wohnhäuser		Wohnungen	
		Okt 2016 - Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten	Okt 2016 - Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten
19	Emsland	12.6	insignifikant	8.2	insignifikant
134	Erfurt	3.9	insignifikant	11.3	insignifikant
96	Erlangen	15.8	insignifikant	10.5	insignifikant
25	Essen	9.2	5%	13.4	5%
4	Flensburg	11.2	5%	9.5	insignifikant
110	Frankfurt (Oder)	13.4	insignifikant	4.5	insignifikant
43	Frankfurt am Main	11.3	1%	12.1	5%
68	Freiburg	5.6	insignifikant	13.1	5%
85	Freyung-Grafenau	14.9	insignifikant	24.6	5%
47	Fulda	6.2	insignifikant	12.2	insignifikant
135	Gera	-2.1	insignifikant	23.9	10%
44	Gießen	9.0	10%	12.0	insignifikant
61	Göppingen	11.5	10%	8.4	insignifikant
9	Goslar	5.6	insignifikant	14.7	5%
8	Göttingen	4.4	insignifikant	17.9	insignifikant
39	Hagen	10.1	5%	7.7	insignifikant
132	Halle	4.0	insignifikant	9.3	insignifikant
5	Hamburg	7.1	10%	6.9	insignifikant
11	Hameln	9.5	insignifikant	12.6	insignifikant
10	Hannover	9.6	1%	13.6	5%
112	Havelland	17.3	5%	-2.6	insignifikant
66	Heidelberg	9.9	5%	15.9	1%
64	Heidenheim	15.6	insignifikant	12.0	insignifikant
62	Heilbronn	8.5	insignifikant	14.0	1%
94	Hof	9.3	insignifikant	5.7	insignifikant
35	Höxter	12.3	insignifikant	13.6	insignifikant
79	Ingolstadt	9.4	insignifikant	8.9	insignifikant
136	Jena	-3.0	insignifikant	21.9	insignifikant
55	Kaiserslautern	3.1	insignifikant	10.4	insignifikant
65	Karlsruhe	10.0	5%	12.9	10%
46	Kassel	9.8	insignifikant	14.2	insignifikant
106	Kempten	15.3	5%	17.6	1%
1	Kiel	12.0	5%	3.9	insignifikant
27	Kleve	8.8	5%	8.9	insignifikant
49	Koblenz	6.3	10%	10.1	10%
29	Köln	12.6	1%	13.0	1%
71	Konstanz	2.5	insignifikant	9.6	insignifikant
95	Kronach	-3.3	insignifikant	17.5	insignifikant
56	Landau	8.5	insignifikant	12.6	insignifikant
87	Landshut	8.9	insignifikant	16.7	10%

RWI Konjunkturberichte 68 (4)

ID	Arbeitsmarktregion	Wohnhäuser		Wohnungen	
		Okt 2016 – Test auf explosi- Okt 2017	ves Verhalten	Okt 2016 – Test auf explosi- Okt 2017	ves Verhalten
129	Leipzig	4.5	insignifikant	14.3	1%
45	Limburg-Weilburg	6.6	insignifikant	7.2	insignifikant
72	Lörrach	8.6	insignifikant	11.1	insignifikant
2	Lübeck	12.2	insignifikant	19.7	5%
13	Lüchow-Dannenberg	2.6	insignifikant	3.2	insignifikant
57	Ludwigshafen	7.2	insignifikant	13.8	5%
131	Magdeburg	4.9	insignifikant	12.2	insignifikant
58	Mainz	6.9	insignifikant	9.6	insignifikant
113	Märkisch-Oderland	12.4	insignifikant	21.4	insignifikant
122	Mecklenburgische Seenplatte	8.0	insignifikant	3.1	insignifikant
104	Memmingen	20.5	10%	13.2	insignifikant
36	Minden	15.9	5%	12.5	insignifikant
80	München	8.6	insignifikant	9.7	insignifikant
32	Münster	8.5	10%	10.2	insignifikant
137	Nordhausen	-8.7	insignifikant	-15.1	insignifikant
124	Nordvorpommern	14.2	insignifikant	8.8	insignifikant
97	Nürnberg	15.2	5%	9.7	insignifikant
114	Oberhavel	21.3	5%	20.6	10%
17	Oldenburg	17.3	10%	13.8	insignifikant
31	Olpe	4.6	insignifikant	17.8	insignifikant
69	Ortenaukreis	2.7	insignifikant	11.6	10%
18	Osnabrück	7.7	insignifikant	16.0	insignifikant
115	Ostprignitz-Ruppin	1.1	insignifikant	12.7	insignifikant
86	Passau	9.2	insignifikant	14.1	insignifikant
67	Pforzheim	14.1	10%	15.6	1%
108	Pirmasens	7.1	insignifikant	12.9	insignifikant
116	Potsdam-Mittelmark	14.3	insignifikant	22.5	5%
117	Prignitz	0.4	insignifikant		
77	Ravensburg	5.6	insignifikant	13.7	5%
90	Regensburg	5.1	insignifikant	15.6	insignifikant
74	Reutlingen	8.5	10%	12.7	10%
123	Rostock	8.3	insignifikant	13.4	insignifikant
70	Rottweil	9.3	insignifikant	15.2	10%
141	Saalfeld-Rudolstadt	3.5	insignifikant	4.4	insignifikant
107	Saarbrücken	9.9	insignifikant	10.6	insignifikant
63	Schwäbisch Hall	17.3	5%	11.0	insignifikant
101	Schweinfurt	7.2	insignifikant	15.3	insignifikant
121	Schwerin	15.2	10%	4.3	insignifikant
40	Siegen	14.6	10%	16.5	insignifikant
78	Sigmaringen	6.3	insignifikant	14.1	10%

Monitoring regionaler Immobilienpreise 2017

ID	Arbeitsmarktregion	Wohnhäuser		Wohnungen	
		Okt 2016 - Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten	Okt 2016 - Okt 2017	Test auf explosi- ves Verhalten
41	Soest	13.4	5%	14.3	5%
14	Stade	15.6	1%	11.0	insignifikant
133	Stendal	-4.8	insignifikant	-21.7	1%
59	Stuttgart	16.3	5%	12.5	5%
125	Südvorpommern	6.0	insignifikant	8.0	insignifikant
140	Suhl	7.2	insignifikant	-0.6	insignifikant
119	Teltow-Fläming	13.0	insignifikant	6.4	insignifikant
82	Traunstein	17.5	1%	15.9	5%
54	Trier	3.2	insignifikant	5.1	insignifikant
120	Uckermark	14.7	insignifikant	29.7	insignifikant
15	Uelzen	14.9	5%	16.1	insignifikant
76	Ulm	14.5	insignifikant	16.0	1%
139	Unstrut-Hainich	2.9	insignifikant	29.6	insignifikant
21	Vechta	9.3	insignifikant	5.6	insignifikant
53	Vulkaneifel	7.3	insignifikant	8.3	insignifikant
48	Waldeck-Frankenberg	14.8	insignifikant	12.6	insignifikant
73	Waldshut	5.8	insignifikant	20.1	1%
83	Weilheim-Schongau	5.3	insignifikant	10.4	5%
99	Weißenburg-Gunzenhausen	24.6	insignifikant	13.4	insignifikant
20	Wilhelmshaven	11.7	5%	10.6	10%
7	Wolfsburg	10.6	10%	7.7	insignifikant
26	Wuppertal	12.2	1%	9.9	5%
102	Würzburg	8.7	insignifikant	12.1	insignifikant
75	Zollernalbkreis	9.3	insignifikant	15.3	insignifikant

Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24 und Destatis.